Nr. 248. Halle a. S., Mittwoch den 23. Oktober 1901 12. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Vereins-, Partei-u. Gewerkschaftsanzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7589.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Expedition Geiststr. 21, Hof part. r

Die Zuckerpresserei.

In recht zutreffender und anschaulicher Weise läßt sich ein Artikel der Sächs. Arb.-Ztg. über die Wirkungen der Zuckerprämien und des Zuckerkartells aus. Da der hiesige Bezirk auf dem Gebiete der Zuckerproduktion mit an erster Stelle steht, sei der Artikel in seinen wesentlichen Teilen wiedergegeben:

Hundert Millionen Mark erpreßt der agrarische Nimmersatt im Bunde mit seinem industriellen Partner alle Jahre vom deutschen Volk durch den Zuckerring.

Seitdem im vorigen Jahre das Zuckerkartell zu stande gekommen ist, hat dieser Trust auf jedes Pfund Zucker, das in Deutschland verbraucht wird, nahezu **10 Pfennig** aufgeschlagen, das heißt ebenso viel als dem Verbraucher in England das Pfund Zucker überhaupt kostet.

Was der Ring uns abnimmt, das benutzt er zum Teil, um den Zucker, den wir in großen Mengen ins Ausland verkaufen, den ausländischen Verbrauchern billiger zu liefern. England hat in diesen Tagen zur Deckung der Kriegskosten (neben einer hohen Einkommensteuer und einem Ausfuhrzoll auf Kohlen) auch einen Zuckerzoll eingeführt; diesen Zoll zahlen zum großen Teil wir. Der deutsche Arbeiter wird vom deutschen Zuckerkartell geschröpft, und mit den von ihm erpreßten Millionen gewährt der Zuckerring den Fabriken die Mittel, um zu Schleuderpreisen den überschüssigen Zucker ins Ausland zu werfen. Es ist im Rahmen eines Aufsatzes kaum zu schildern, wie dieses Verhältnis sich nach und nach entwickelt und welche Folgen es hat. Wir wollen aber versuchen, den Lesern und vor allem den Leserinnen ein Bild davon zu entwerfen, das sie in den Stand setzt, aufklärend auf ihre Umgebungen zu wirken. Kaum irgend ein anderer Gegenstand ist so sehr wie dieser geeignet, die Masse der Verbraucher in Stadt und Land von dem volksfeindlichen Charakter unserer Zollpolitik und der mit ihr verbündeten Syndikate zu überzeugen.

Ins Ausland führen wir große Mengen Rohzucker, der noch den Syrup 2c. enthält. Der Preis für diesen Rohzucker ist neuerdings auf einen beispiellos niedrigen Preis gesunken und bewegt sich jetzt um **7½ Pfennig** das Pfund. Zu diesem Preise muß man etwa 2½ Pfennig aufschlagen, um die Kosten der Raffinerie zu decken, so daß wir also raffinierten Zucker dem Ausland für **10 Pfennig** das Pfund liefern. Bei uns aber kostet gemahlener Melis im großen ungefähr **28 Pfennig**, also beinahe das Dreifache.

Von den 18 Pfennig Aufschlag bezieht zunächst 10 Pfennig der Staat als „Zuckersteuer"; Zucker ist, wie inländischer Spiritus, Tabak, Bier, einer „Verbrauchssteuer", Inlandsteuer, unterworfen und zwar in Höhe von 10 Pfennig aufs Pfund. Der Fiskus also schröpft uns schon bei jedem Pfund Zucker um ebenso viel, als die Ware an sich kostet.

Von den 10 Pfennigen giebt die Staatskasse aber Ausfuhrprämien an die Fabrikanten und Händler, so daß also schon dadurch auf Kosten der deutschen Verbraucher und Steuerzahler dem Auslande billiger Zucker geliefert wird. Auch andere Staaten haben dies Prämiensystem nachgeahmt, und so ist auch in Rußland, Rumänien 2c. mit Staatshilfe eine allzu üppige Rübenzuckerindustrie ins Leben gerufen worden. Zwischen diesen Konkurrenten ist ein heftiger Kampf entbrannt, und Staaten, wie Amerika, die selbst Zucker erzeugen, haben auf den Zucker, der ihnen aus solchen Staaten mit staatlichen Ausfuhrprämien zugeführt wird, Extrazölle gelegt, wodurch natürlich die Wirkungen der Prämie für das Ausfuhrland wieder verloren gehen. Wir zahlen also schon dadurch einen Teil unserer Zuckersteuer geradezu an die Staatskasse.

An den Prämien hatte also die deutsche Zuckerindustrie nicht genug; sie bildete deshalb einen Ring, und seitdem ist es ihr gelungen, zu dem Aufschlag der Staatssteuer noch einen **Profitaufschlag von 8 Pfennig** auf jedes in Deutschland verbrauchte Pfund Zucker von dem Verbraucher zu erpressen. Der Gewinn aus diesem Aufschlag setzt die Fabriken in den Stand, zu den oben mitgeteilten beispiellos billigen Preisen ungefähr 1 Million Tonnen, also 2000 Millionen Pfund Zucker jährlich ans Ausland zu liefern.

Diese volksverderbliche Einrichtung geht unter der Firma „nationale Wirtschaftspolitik" und ist von den Agrariern zuwege gebracht.

Selbstverständlich würde das Zuckerkartell nicht im stande sein, den Wucherpreis aufrecht zu erhalten, wenn der Zoll auf Zucker nur ebenso hoch wäre, wie die Steuer. Denn dann könnte man ja bei 10 Pfennig Zoll aufs Pfund den Zucker aus dem Auslande wieder nach Deutschland für 20 Pfennige zurückverkaufen. Der Grenzzoll aber ist doppelt so hoch als die Inlandsteuer. Führt also jemand Zucker ein, so hat er nicht 10, sondern 20 Pfennige aufs Pfund zu zahlen. So kann also das Zuckerkartell, wenn es zusammenhält, den ganzen Inlandmarkt um jenen Unterschied von 10 Pfennige zwischen Zoll und Steuer schröpfen und prellen, und wir haben gesehen, daß er es bis zu 8 Pfennig schon gebracht hat. Er würde schon noch weiter gehen, aber die Klugheit gebietet zunächst Halt. Denn selbstverständlich wird man im Reichstag, wie es jetzt schon in der Presse geschieht, auf jenen wucherischen Aufschlag hinweisen und im neuen Zolltarif eine Herabsetzung des Zuckerzolles verlangen. Um die sich regende Unzufriedenheit des Volkes wegen des Zuckerwuchers zu beschwichtigen, hat in diesen Tagen der Zuckerring einen halben Pfennig Preisnachlaß auf das Pfund bewilligt; vorher hatte er seinen Profit schon auf 8½ Pfennige pro Pfund gesteigert!

Selbstverständlich ist das ungenügend und fast wie Hohn auf die Empörung gegen den Wucher, den Staat und Gewerbe im Bunde miteinander an einem der wichtigsten Nahrungsmittel betreiben. Denn Zucker ist keineswegs, wie viele Leute noch immer meinen, nur ein Genußmittel, sondern auch ein, und zwar ein äußerst wichtiges Nahrungsmittel, das ganz besonders geeignet ist, die bei harter Arbeit verlorenen Kräfte zu ersetzen, und dessen Verbrauch mit allen passenden Mitteln befördert werden müßte. Leider ist aber in Deutschland dieser Verbrauch noch viel zu gering; um ein Vielfaches höher ist er in England, wo sich der Arbeiter überhaupt für weniger Geld besser nähren kann als bei uns.

Die Preissteigerung einer Ware schränkt immer ihren Verbrauch ein; auch der inländische Zuckerverbrauch muß unter den hohen Preisen zurückgehen, besonders wenn jetzt auch noch die Zuckergroßhändler einen Ring bilden, was im Werke ist, und auf das Pfund etwa noch einen Pfennig für sich aufschlagen. Der Kleinhandel verdient am Zucker wenig oder gar nichts.

Der Zuckerring schneidet sich also mit seiner Politik, das Inland zu schröpfen, ins eigene Fleisch; er schlachtet die Henne, die ihm Eier legen sollte, den Verbrauch. Wären Steuer und Ringprofit nicht, so würde sich in kurzer Zeit, vielleicht mit einem Schlage, der Zuckerverbrauch in Deutschland verdoppeln. Dabei würden Produzent und Konsument gut fahren, also ein außerordentlicher Vorteil für die nationale Wirtschaft herauskommen, wie für den Einzelhaushalt. Das wäre also eine echte nationale Wirtschaftspolitik, wie sie sein sollte, während die Prämien- und Zollwirtschaft mit der Kartellpresserei eine geradezu unsinnige Vergeudung darstellt.

Die Millionen, welche der Staat in seinen Exportprämien, der Ring aus seinen Wucherprofiten dem Inland abnimmt, um sie dem Auslande als Tribut in den Schoß zu werfen, erreichen, wie oben schon angedeutet ist, auch da ihren Zweck nicht, sondern führen einen Krieg auf Tod und Leben mit anderen Ländern, die ihre Zuckerausfuhr oder ihre Zuckerfabrikation ebenfalls durch Prämien oder Zölle begünstigen. So kommt es, daß trotz aller künstlichen Stützen und Verschwendungen unsere Zuckerausfuhr in starker Abnahme begriffen ist. Das geklünstelte System der Wirtschaftspolitik auf Stelzen führt also zugleich zur Einschränkung des Inlandverbrauchs, wie der Ausfuhr, die im Jahre 1896/97 1 186 962 Tonnen à 2000 Pfd., in 1899/1900 aber nur noch 924 562 Tonnen betrug.

So ruiniert die „nationale" Wirtschaftspolitik, wie an diesem eklatantesten, auffälligsten Exempel und Nachweis ihres Wahnsinns am deutlichsten hervortritt, durch die Waffen, mit denen sie sich Boden erobern will, den Absatz im Inlande und Auslande zugleich. Dabei aber nimmt wegen der Kartellprofite, die doch noch immer etwas übrig lassen, die Produktion ganz riesig zu. Jedermann sieht ein, daß das zum Ruin führen muß; und auch unsere „nationalen" Wirtschaftspolitiker müssen zugeben, daß sie mit ihrer Weisheit in Sachen Zucker auf dem letzten Loche pfeifen und keinen Ausweg mehr haben.

Nun will aber das Malheur, daß der ganze neue Zolltarif auf dieses System, dessen Erfolge in betreff des Zuckers so klar an den Tag gekommen sind, zugeschnitten ist. Die Industriezölle und auch ein Teil der landwirtschaftlichen Zölle (vor allem die Viehzölle) sind im Interesse der Wirtschaftspolitik der Kartelle zugestutzt. Die Industriekartelle haben das Rezept der Zuckerindustrie, das Inland zu gunsten der Ausfuhr zu brandschatzen, schon jetzt trefflich benutzt. Wenn die hohen Kartellzölle des neuen Tarifs in Kraft treten sollten, werden wir ein blaues Wunder erleben, am letzten Ende aber einen allgemeinen Zusammenbruch.

Die Zölle und die Kartelle verdunkeln die klarsten Verhältnisse der Weltwirtschaft so sehr, daß selbst ganz vernünftige Leute sich schließlich nicht mehr auskennen in dem Labyrinth der Wirkungen. Je länger man aber auf dem Wege der Stelzenwirtschaft verharrt, desto fester wird man sich verrennen und desto schwerer wird der Zusammenbruch des ganzen geschraubten Gebäudes, der doch unvermeidlich ist, wirken.

99] [Nachdruck verboten.]

Arbeit.

Roman in drei Büchern von Emile Zola. Aus dem Französischen übersetzt von Leopold Rosenzweig.

Eben trat Babette Bourron ein. Sie, die immer Heitere, lebte im Gegenteil in formahrendem Entzücken über ihre neue Lage. Mit Hilfe ihres fröhlichen Optimismus hatte sie ihren Mann, den einfältigen Bourron, davor bewahrt, in den Abgrund zu stürzen, in welchem Ragu sein Ende finden sollte. Stets hatte sie hoffnungsvoll in die Zukunft geblickt, fest überzeugt, daß noch alles gut gehen werde, und hatte oft Geschichten von wunderbaren Glücksfällen erfunden, um sich und die Ihrigen über das fehlende Brot zu trösten. Und war nun, wie sie heiter sagte, in dieser Crecherie, wo die Arbeit reinlich, angenehm und geehrt war, wo man alle die Freuden genoß, die einmal nur den Herren erreichbar waren, war hier nicht ihr Paradies verwirklicht? Ihr rundes, noch immer frisches Puppengesicht strahlte denn auch vor Freude, daß sie einen Mann hatte, der sich nicht mehr betrank, und zwei schöne, gesunde Kinder, die sie bald würde verheiraten können, in einem Hause, das ihr gehörte, und das schön und behaglich eingerichtet war wie das Haus eines Reichen.

„Na, es ist also endlich wahr geworden?" rief sie sogleich. „Lucien bekommt seine Luise Mazelle, das kleine, hübsche Fräulein, das sich unser nicht schämt?"

„Wer sagt das?" fragte die Toupe scharf.

„Madame Lucas, Josine hat's mir gesagt, als ich sie heute traf."

Die Toupe wurde bleich vor unterdrückter Wut. Ihr nicht zu besänftigender Grimm gegen die Crecherie war nicht zum zu besänftigender Grimm gegen die Josine zurückführen. Sie wenigsten auf ihren Haß gegen Josine zurückführen. Sie konnte „diesem Frauenzimmer" ihre Vereinigung mit Lucas nicht verzeihen, konnte es nicht ertragen, sie so hoch erhoben als Frau des allgeliebten Helden, als Mutter schöner Kinder zu sehen. Wenn sie bedachte, daß sie sich der Zeit erinnerte, wo diese Bettlerin von ihrem Bruder hinausgeworfen worden war und nicht wußte, womit sie ihren Hunger stillen sollte! Sie meinte zu ersticken, wenn sie sie auf der Straße sah, mit einem Hute einherstolzierend wie eine Dame. Dieses Glück, das einer andern zu teil geworden, das war's, was sie nicht verwinden konnte.

„Anstatt sich um andrer Leute Heiraten zu kümmern", sagte sie brutal, „hätte diese Josine besser, über ihre eigne nachzudenken, die vom Dompfaff eingefangen worden ist. Im übrigen ärgert Ihr mich alle miteinander, laßt mich in Ruh!"

Sie verließ das Zimmer, indem sie die Thür hinter sich zuschlug, und ließ die andern in verlegenem Schweigen zurück. Babette fand zuerst ihr Lachen wieder; sie war an die Art ihrer Freundin gewöhnt, die sie mit ihrer heiteren Nachsicht für eine brave Frau erklärte, wenn sie auch eine scharfe Zunge hatte. Luciens Augen hatten sich mit Thränen gefüllt, denn es war sein Lebensglück, über welches hier mit so viel heftigen und bösen Worten verhandelt wurde. Doch sein Vater drückte ihm freundschaftlich die Hand, wie um ihm zu versprechen, daß er schon dafür sorgen werde, daß alles gut ginge. Er selbst, der wackere Bonnaire, war tief betrübt, da er sehen mußte, daß das Glück, selbst wenn mehr Gerechtigkeit und Friede errungen worden, von häuslichen Streitigkeiten verkümmert wurde. Genügte also ein einziger böswilliger, zänkischer Mensch, um die Früchte der Brüderlichkeit zu verbittern? Und nur der alte Ragu, der mit der Pfeife im Munde halb eingeschlafen war, bewahrte seine stumpfsinnige Zufriedenheit.

Wenn jedoch Lucien an der schließlichen Einwilligung seiner Eltern nicht zweifeln konnte, so trat Luise bei den Ihrigen auf viel stärkeren, zäheren Widerstand. Da Vater und Mutter Mazelle ihre Tochter abgöttisch liebten, so fanden sie gerade in dieser abgöttischen Liebe einen triftigen Grund, um ihrem Herzenswunsche nicht zu willfahren. Sie traten ihr nicht etwa mit heftigen Worten entgegen, sondern mit gutmütiger Passivität, einer Art bleierner Unbeweglichkeit, die, wie sie hofften, ihre Laune allmählich einschläfern würde. Mochte Luise auch noch so ungestüm durch die Zimmer flattern, fieberhaft ihr Klavier bearbeiten, frische Bouquets zum Fenster hinauswerfen und noch hundert andre Zeichen leidenschaftlicher Erregung geben — ihre Eltern lächelten ihr liebevoll zu, thaten, als merkten sie nichts und überhäuften sie mit Süßigkeiten und Geschenken. Sie aber wurde dadurch, daß man ihr alle möglichen schönen Dinge aufdrängte und gerade nur das eine verweigerte, nach dem sie leidenschaftlich verlangte, so gereizt und empört, daß sie krank zu werden drohte. Sie legte sich auch wirklich zu Bett, drehte sich gegen die Wand und gab keine Antwort, wenn man zu ihr sprach. Doktor Rovarre, den die ängstlichen Eltern herbeiriefen, erklärte, daß solche Krankheiten nicht in sein Fach fielen. Es gäbe nur ein Mittel für liebekranke Mädchen, und das sei, ihnen den Gegenstand ihrer Liebe zu geben. Als nun die guten Mazelle sahen, daß die Sache ernst wurde, gerieten sie in Bestürzung und verbrachten eine schlaflose Nacht im ehelichen Alkoven, um mit einander zu beraten, ob sie nachgeben sollten. Die Angelegenheit erschien ihnen jedoch so schwerwiegend, so folgenreich, daß sie es nicht wagten, auf Grund ihrer eignen Einsicht eine Entscheidung zu treffen; sie beschlossen daher, ihre Freunde zu versammeln und ihnen den Fall vorzulegen. War es nicht eine Fahnenflucht, wenn sie ihre Tochter einem Arbeiter gaben, in einer Zeit, wo ganz Beauclair sich in heftiger Gärung befand? Mußte eine solche Heirat nicht entscheidende Bedeutung erlangen, nicht als Zeichen der vollständigen Abdankung des Bürgertums, des Handels und der Rente erscheinen? Und natürlicherweise wendeten sie sich an die Autoritäten, an die Spitzen der besitzenden und herrschenden Klasse um Rat. Eines Nachmittags luden sie also den Unterpräfekten Chatelard, den Bürgermeister Gourier, den Präsidenten Gaume und den Abbe Marle zu einer Tasse Thee in ihren schönen blühenden Garten, wo sie so viele Tage in behaglichem Nichtsthun verbracht hatten, einander gegenüber in weichen Fauteuils sitzend, auf die blühenden Rosen blickend, ohne sich auch nur die Mühe zu nehmen, miteinander zu sprechen.

„Wir werden thun, was die Herren uns raten," sagte Mazelle. „Sie verstehen mehr als wir, und niemand kann uns etwas vorwerfen, wenn wir ihrem Rate folgen. Ich für meinen Teil weiß vor lauter Nachdenken über diese schreckliche Sache schon nicht mehr, wo mir der Kopf steht."

„Ich auch nicht," klagte Madame Mazelle. „Das ist kein Leben, wenn man immer überlegen soll. Ich fühle, daß meine Krankheit sich dadurch sehr verschlimmert."

Der Theetisch wurde an einem schönen, sonnigen Nachmittag in einer schattigen Laube gedeckt. Der Unterpräfekt Chatelard und der Bürgermeister Gourier erschienen als erste. Sie waren ungertrennlich geblieben, ja noch ein engeres Band schien sie zu vereinigen, seitdem sie Madame Gourier, die schöne Leonore,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219011023-10/fragment/page=0001

Zum Kampf gegen den Zollwucher.

Zum deutschen Zolltarif hat der östreichische Reichsrat bereits Stellung genommen. Interessant waren besonders die Ausführungen des Ministerpräsidenten von Körber, der deutlich zu verstehen gab, daß Oestreich nicht gewillt sei, einen Handelsvertrag bei den Sätzen des Zolltarifes abzuschließen. Er sagte:

„Wird man uns einen erträglichen Frieden anbieten, so werden wir ihn bereitwillig annehmen; fordert man nur Opfer von uns und will man uns dafür keine Vorteile gewähren, so werden wir die Rolle des geduldigen Lammes ablehnen. (Beifall.) Die östreichische Arbeit ist vollwertig und will anerkannt sein. (Lebhafter Beifall.) Der Friede des Weltteiles, durch feste Bündnisse und wohl ausgerüstete Heere gewährleistet, findet in einem wirtschaftlichen Gleichgewichte der Staaten seine natürliche Ergänzung. Die materiellen Interessen eines jeden einzelnen sind zu groß, als daß es einer hinnehmen könnte, wenn über ihn zur Tagesordnung übergegangen werden wollte. (Bravo! Bravo!) Treffen hohe Getreidezölle im wesentlichen den Konsum, ohne die notwendige fremde Zufuhr ernstlich zu beeinträchtigen, so vermögen hohe Viehzölle allerdings eine Steigerung der Produktion hervorzurufen und den bisherigen Importeuren empfindlichen Schaden zuzufügen, wenn diese den Vorsprung sich nicht zu erhalten verstehen. (Sehr richtig!)

Ja damals! Bei der Beratung der jüngsten Flottenvorlage hat der Staatssekretär v. Tirpitz gesagt: „Jeder neue Panzer und jeder neue Kreuzer bedeutet ein neues Schwergewicht in der Wagschale zu gunsten des **Freihandels.**“

Das war vor zwei Jahren, als die Zukunft noch auf dem Wasser lag. Jetzt liegt sie innerhalb der chinesischen Mauer, die um Deutschland gezogen werden soll.

Das Organ der Berliner Bäckerinnung „Konkordia“ tritt der vom künstlerischen Zentralvorstand deutscher Bäckerinnungen Germania ausgegebenen Parole, zum Zolltarif nicht Stellung zu nehmen, entgegen. Das Blatt erklärt sich wegen der schweren Schädigungen, die den Bäckern aus den Kornliebesgaben der Agrarier erwachsen, gegen die Erhöhung der Getreidezölle.

Aphorismen über die Kornzölle.

Jeder ist sich selbst der Nächste! Der Agrarier spricht: Sieh, wie schlecht es mir geht, — ich wirtschafte mit stetigem Verlust. Wenn das so weiter geht, verliere ich Vermögen, Ansehen und Stellung. Du bist mein Landsmann, Du mußt mir helfen. Sperr' den Russen und den Amerikaner ab und rette mich durch eine nationale That!

Der Arbeiter aber spricht: Wie? um Dir Vermögen, Ansehen und Stellung zu bewahren — dafür willst Du mich hungern lassen? Der Hunger greift am tiefsten. Wer mich zu seinem Vorteil hungern lassen will, der kann unmöglich mein Freund sein, und Du willst Dich auf die Landsmannschaft berufen? — Sei Du erst landsmannschaftlich gegen mich, dann wollen wir weiter reden.

*

Das „Ueberwiegen des mobilen Kapitals“ ist ein ungesunder Zustand. Diese Phrase liest man häufig! — was ist ihr Sinn? — „Außer uns Großgrundbesitzern giebt es zu viele reiche Leute in der Welt! Eigentlich hat nur der Großgrundbesitzer das Recht, ein reicher Mann zu sein.“

*

Die Logik der agrarischen Schutzzöllner auf die kürzeste Formel gebracht, lautet so: Wir sind die Grundlage des Staates, wir ernähren alle andern, folglich — müssen wir vom allen andern ernährt werden.

*

Schutzzölle, Prohibitivzölle und Ausfuhr-Prämien sind für die Gewerbe, zu deren Gunsten sie erlassen sind, dasselbe, wie Stelzen für einen Fußgänger. Gewiß, er kann damit einen größeren Schritt machen — aber er steht dafür auch auf sehr schwankenden Füßen.

*

Nichts hält die Menschen mehr zusammen, als ein gemeinsam begangenes Unrecht, und nichts hält eine Partei besser zusammen, als ein fortdauerndes, gemeinschaftliches Unrecht — ein Privilegium. — Das wußte Bismarck sehr gut, deshalb schuf er für die auseinandergehende Junkerpartei die Kornzölle.

*

„Hilf mir nur hinauf auf Deinen Rücken, reiten werde ich schon auf Dir!“ sagte der Agrarier zum Zentrumsmann. Wenn man sieht, wie er auf manchem Nationalliberalen reitet, kann man dem Mann nicht ganz unrecht geben.

(Arthur Arcturius in der Freis. Ztg.)

Tagesgeschichte.

Halle 22. Oktober.

Nette Aussichten.

In wie schwerer Klemme die Reichsfinanzwirtschaft steckt, zeigt eine bemerkenswerte Nachricht, die dem Vorwärts aus Baden zugeht.

In Baden hatte man bisher allgemein angenommen, der Landtag würde in diesem Herbst einige Wochen früher einberufen, als dies bisher der Fall war. Nun läßt die badische Regierung mitteilen, daß, entgegen ihren früheren Dispositionen, der Zusammentritt der Zweiten Kammer nicht vor Mitte nächsten Monats erfolgen werde. Die dieser Mitteilung beigegebene Begründung der offiziösen Presse erklärt die Verschiebung u. a. damit, daß durch unvorhergesehene Veränderungen in den Reichsfinanzen, insbesondere durch die Notwendigkeit, einen namhaft höheren Betrag an Immatrikularbeiträgen, als bisher angenommen, an das Reich abzuführen, eine Revision des badischen Budgetentwurfes notwendig geworden sei, durch die auf dem Wege größerer Abstriche die erforderlichen Mittel gewonnen werden sollen. Die damit verbundene Arbeit habe die rechtzeitige Fertigstellung des Budgets und damit die frühere Einberufung der Stände verhindert.

Diese Mitteilung läßt darauf schließen, daß das zu erwartende Defizit im Reichsbudget ein noch weit größeres sein werde, als man bisher angenommen hatte. Denn mit der Thatsache eines Fehlbetrages hatte man schon vor Wochen bei der Aufstellung des badischen Budgets gerechnet. Wenn jetzt trotzdem eine Revision des letzteren vorgenommen werden muß, so ist anzunehmen, daß das Defizit im Reichshaushalt die pessimistischen Berechnungen des Berliner Finanzamtes noch erheblich übersteigen wird.

Patriotenpech. Am 18. Oktober, als am Jahrestage der Völkerschlacht bei Leipzig, tagte in Leipzig ein Verein sonderbarer Schwärmer, der Patriotenbund zur Errichtung eines Völkerschlacht-Denkmals bei Leipzig, und hielt gar erbaulichen Kassensturz. Die Bilanz, die der Kassierer aufmachte, hatte eine bedenkliche Aehnlichkeit mit dem Hauptbuch der Leipziger Bank. Die Einnahmeposten waren in lauter unrealisierbaren Werten angelegt, meist in Wechseln auf den Patriotismus der besitzenden Kreise, der deutschen Städte und der — deutschen Regierungen. Idealismus ist in Deutschland nur noch in der Schuljugend zu finden: die einzigen beträchtlichen Posten, welche unter den Einnahmen figurieren, sind durch Pfennigsammlungen unter den Schulkindern in Sachsen, Anhalt und Braunschweig zusammengekommen. Die von Bildung und Besitz haben die Taschen zugehalten; ein Aufruf an hervorragende Millionäre, der in 2000 Exemplaren verbreitet wurde, brachte nicht einmal die Unkosten auf; von den deutschen Städten waren Stiftungen von einigen hundert Mark zusammengefochten worden; die großmütigen Schenkungen bewegten sich bis zu dem Betrag von 5 M. herunter. Am splendidesten aber erwiesen sich die deutschen Regierungen, in erster Linie Preußen. Die sächsische Staatsregierung hatte bereits Mitte vorigen Jahres eine Lotterie zum Besten des Denkmals genehmigt. Die deutschen Regierungen, Preußen voran, fürchteten „fors Geschäft“ und lehnten die Zulassung dieser Lotterie auf der ganzen Linie ab, so daß der Verkauf der Lose auf Sachsen beschränkt gewesen wäre und man darum von der Lotterie überhaupt absah. Unter solchen Umständen werden die Patrioten auf die Verwirklichung ihrer Denkmalswünsche vielleicht ebenso lange warten müssen, als zur Zeit die guten deutschen Unterthanen auf die Erfüllung der Versprechungen, die ihnen ihre Fürsten — vor der Schlacht bei Leipzig — gemacht hatten. Die Patrioten beschlossen nun, die Protektion einer fürstlichen Person zu gewinnen.

Auf Köllerpfaden wandelt der neue Oberpräsident von Posen v. Bitter. In der Stadt Posen sind einer Anzahl Ausländer, meist Juden, Ausweisungsbefehle zugestellt worden. Rechtsanwalt Placzek schreibt der Posener Zeitung:

„Die Köllersche Dänenpolitik scheint auch bei uns Platz zu greifen, indem man harmlose Leute ausweist. Vor mir liegt eine Verfügung des Polizeipräsidenten, worin zwei Knaben eines jüdischen Kaufmannes, von denen der eine die Quinta, der andere die Sekunda des Gymnasiums besucht, aufgefordert werden, bis zum 1. November Preußen zu verlassen. Ein jüdischer Reisender, der 10 Jahre in einem hiesigen großen Geschäft thätig ist, muß fort; harmlose jüdische Handelsleute, die seit Jahren hier ansässig sind, haben den Ausweisungsbefehl erhalten. Selbst ein bei der Stadt beschäftigter Ingenieur mit ausgezeichneten Leistungen, dessen definitive Anstellung im städtischen Dienst in Aussicht genommen war, ist ausgewiesen worden. Ich erwähne absichtlich die jüdischen Fälle, weil man doch hier von einer Polonisierung nicht gut wird reden können. Soeben erscheint, während ich dies schreibe, ein hiesiger Kaufmann, Oestreicher, der seit vielen Jahren hier lebt, ein Geschäft erworben hat und redlich führt, der den Ausweisungsbefehl erhalten hat. Derselbe teilt mir mit, daß auch andere östreichische Unterthanen Ausweisungsbefehle erhalten haben. Auf alle Bitten wird den armen Leuten der Bescheid, daß sich Herr v. Bitter selbst die Entscheidung in allen Ausweisungssachen vorbehalten hat und alles Bitten umsonst sei. — Dies nennt man „kulturelle Hebung des Ostens“.

Herr v. Bitter gehört bekanntlich zu den aussichtsvollsten Oberpräsidenten Preußens. Er will sich offenbar noch geschwind ein paar Verdienste um den Staat erwerben, bevor er Staatssekretär wird.

Ueberköllerei. Köller ist fort von Schleswig, aber die Köllerei geht dort unten weiter; die neuen Herren scheinen den Köller noch übertrumpfen zu wollen. Hat da am 20. September in dem Grenzdorfe Kjöbenhoved eine Hochzeit stattgefunden, auf der, wahrscheinlich in später Stunde schon, dänische Lieder gesungen worden sind und eine Rede gehalten wurde, in der zum Ausdruck kam, das eben getraute Paar möchte an dem Ziele, Schleswig mit Dänemark zu vereinigen, mitarbeiten. Wegen Teilnahme an dieser Hochzeit sind jetzt **11 Personen ausgewiesen worden!** Es sind dies der Hufner Petersen, dessen Tochter und neun Dienstboten. Dem Hufner sind drei Wochen Frist, den anderen 24 Stunden Frist gegeben. Petersen ist Optant, seine Tochter Optantentochter. Nach der Rede und dem Gesang des verbotenen Liedes verließen der Pastor und ein Lehrer und verschiedene deutsche Unterthanen das Hochzeitslokal. Diese letzteren sind infolgedessen von der Ausweisungsmaßregel nicht betroffen worden.

Nun ist Deutschland wieder einmal gerettet — und ein paar „Reichsfeinde“ mehr geschaffen.

Einen einigermaßen überraschenden Ausgang hat der Elberfelder Militärbefreiungsprozeß vor dem Reichsgericht genommen. Das gestern verkündete Urteil des Reichsgerichts lautet:

„Die Revision der Staatsanwaltschaft sowie die Revisionen der Angeklagten Albert Garschagen jun. und Karl Kremer werden verworfen. Auf die Revision der übrigen Angeklagten wird das Urteil des Landgerichts Elberfeld vom 10. Mai d. J., soweit es die Verurteilung ausspricht und soweit sich die Verurteilung des Angeklagten Baumann nicht auf die Fälle Albert Garschagen und Hufschmidt bezieht, aufgehoben und es werden a) Albert Stern, Meyer Stern und Friedrich Wilhelm Kirchhoff freigesprochen und die sie betreffenden Kosten der Staatskasse auferlegt; b) die Sache wird im übrigen (soweit Baumann in Frage kommt, in der angedeuteten Einschränkung) an das Landgericht Elberfeld zurückgewiesen. Das Reichsgericht hat angenommen, daß der § 143 des Str.-G.-B. nur dann Anwendung findet, wenn objektiv eine Täuschung möglich war, d. h. wenn der objektive Befund unrichtig war. Insofern war das im vorliegenden Falle angewendete Täuschungsmittel ein geeignetes nicht. Bei Garschagen, Hufschmidt und Kremer lag objektiv eine Täuschung vor deshalb waren die bezüglichen Verurteilungen aufrecht zu erhalten. Bei Albert Stern und Heinrich Kirchhoff waren dagegen die Befunde richtig; die in dieser Beziehung Verurteilten mußten deshalb freigesprochen werden. Bezüglich der übrigen Angeklagten hat das Landgericht eine bestimmte Feststellung positiver oder negativer Art bezüglich des Befundes nicht getroffen, weil es diese Thatsachen für unerheblich hielt. Nach der ganzen Sachlage ist aber anzunehmen, daß das Landgericht bei nochmaliger Prüfung der Sache doch zu einem anderen Ergebnis kommt!

„Der kleine Willy spielt Berlin.“ Die Nummer des Simplicissimus, deren Titelbild diese Unterschrift trägt, ist am Sonnabend in Breslau konfisziert worden. Warum?

In der Angelegenheit der Gazelle hat das Kriegsgericht die Hauptverhandlung wider die Obermatrosen Genz und Schult vom Kreuzer Gazelle, welche wegen des zu Cuxhaven an dem Artilleristenmaat Fiencke begangenen thätlichen Angriffs resp. wegen militärischen Aufruhrs in Untersuchungshaft sitzen, ausgesetzt. Es sollen die kommissarisch vernommenen Zeugen zu einer neuen Verhandlung geladen und am Thatort weitere Erhebungen gemacht werden.

Die große Säge. Sieben Generalmajors und drei Obersten und Regimentskommandeure sind am Freitag auf ihre Gesuche zur Disposition gestellt oder verabschiedet worden. Die Generalmajors sind: v. Madel, Kommandeur der 79. Infanterie-Brigade, Mayer, Präses des Ingenieur-Komitees, Grieben, Inspekteur der 1. Ingenieur-Inspektion, Wiederhold, Kommandeur der 4. Feldartillerie-Brigade, v. Wartenberg, Kommandeur der 86. Infanterie-Brigade, Frhr. v. Gruchreiber, Kommandeur der 5. Infant.-Brigade, Ritter v. Longchamps-Berier, Kommandeur der 29. Kavallerie-Brigade.

Liebeswerbung. Die Bremer Bürger-Zeitung berichtet: Das Eingehen auf Wünsche des Kaisers ist seit der Betreibung unserer Weltpolitik für den Norddeutschen Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie ein Mittel gewesen, die Reichspolitik vor den Wagen ihrer Interessen zu spannen. Die beiden Gesellschaften haschen um die Wette nach der kaiserlichen Gunst, bald telegraphiert Ballin, bald Wiegand den Kaiser an, und jeder Wunsch desselben ist den Oberhansaten Befehl — sobald in der Ferne ein Profitchen dabei winkt. Dafür liefert eine neuerliche Meldung über den Norddeutschen Lloyd wieder einen Beweis. Es wird nämlich berichtet, daß der Norddeutsche Lloyd seine in der Fahrt zwischen hier und Newyork befindlichen Schnelldampfer

---

verloren hatten. Fünf Jahre hindurch hatten sie sie gepflegt, die durch eine Lähmung der Beine an ihren Fauteuil gefesselt war, hatten sie mit zärtlicher Sorgfalt umgeben, und der gute Freund war bei ihr geblieben, wenn der Gatte fortging, hatte sie unterhalten und ihr vorgelesen. Nie hatte ein Verhältnis in friedlicherer Weise bis zum Tode gedauert. Und in den Armen Chatelards war Leonore eines Abends plötzlich gestorben, als er ihr eine Tasse Lindenblütenthee reichte, während Gourier ein wenig ausgegangen war, um eine Zigarre zu rauchen. Als er dann heimkehrte, hatten die beiden miteinander geweint. Nun verließen sie einander fast gar nicht mehr; die Verwaltung der Stadt ließ ihnen reichliche Muße, denn nach langen und eingehenden Beratungen hatte der Präfekt den Bürgermeister bewogen, seinem Beispiel zu folgen, die Augen zuzudrücken, die Dinge ihren Gang gehen zu lassen und sich nicht unnötigerweise das Leben zu verbittern mit dem Ankämpfen gegen eine Umwandlung, die kein Mensch der Welt aufhalten konnte. Gleichwohl wurde es Gourier, der manchmal starke Anwandlungen von Angst hatte, in denen er sehr schwarz sah, nicht leicht, dieser liebenswürdigen Philosophie nachzuleben. Er hatte sich mit seinem Sohn Achille versöhnt, den Blauchen in ihrem so tapfer eroberten und verteidigten Liebesheim mit einem reizenden Töchterchen, Leonie, beschenkt hatte, in deren Gesichtchen die herrlichen, himmelblauen, unergründlich tiefen Augen ihrer Mutter strahlten; und diese Enkelin, die nun bald zwanzig Jahre alt war, hatte den Großvater bezaubert. Er hatte sich daher entschlossen, dem in freier Ehe lebenden Paare, dem Sohne, der sich einst gegen ihn aufgelehnt hatte, und der Tochter des Arbeiters, die er noch jetzt manchmal eine Wilde nannte, sein Haus zu öffnen. Es war zwar hart für einen Bürgermeister, sagte er, für den vollziehenden Beamten der legalen Ehe, ein solches aufrührerisches Paar, das sich in einer warmen Sommernacht ohne Zeugen vermählt hatte, bei sich aufzunehmen. Aber die Zeiten waren so seltsam, es gingen so merkwürdige Dinge vor, daß eine entzückende kleine Enkelin, mochte sie auch der unbußfertigen freien Liebe entsprungen sein, ein sehr annehmbares Geschenk war. Chatelard hatte in seiner leichten, heiteren Weise die Versöhnung herbeigeführt, und Gourier fühlte sich, seitdem sein Sohn ihm Leonie zum erstenmal gebracht hatte, immer stärker in den Bankkreis der Crecherie gezogen; diese blieb jedoch für ihn immer noch eine Quelle der Katastrophen, obgleich er sich genötigt gesehen hatte, seine Schuhfabrik in eine Aktiengesellschaft zu verwandeln und alle Interessenten der Bekleidungsindustrie ihr anzuschließen.

Der Präsident Gaume und der Abbe Marle ließen auf sich warten, und Mazelle konnte sich nicht enthalten, dem Unterpräfekten und dem Bürgermeister sogleich seinen Fall vorzulegen. Sollten er und seine Frau der unvernünftigen Laune Luiisens nachgeben?

„Sie begreifen, Herr Unterpräfekt,“ sagte Mazelle mit wichtiger und bekümmerter Miene, „abgesehen von dem persönlichen Schmerz, den uns eine solche Heirat bereiten würde, handelt es sich auch noch um den beklagenswerten Eindruck in der Oeffentlichkeit, um die Verantwortung gegenüber den hervorragenden Persönlichkeiten unsrer Klasse, die wir auf uns lasten fühlen . . . Wir gleiten einem Abgrunde zu!“

Die kleine Gesellschaft saß im kühlen Schatten der Laube, die vom Duft der Rosen durchzogen war, an einem mit buntem Linnen gedeckten Tische, auf dem allerlei appetitliche Kuchen standen; und Chatelard, noch immer ein eleganter Mann von schöner Haltung, trotz seines Alters, lächelte in seiner distrei ironischen Weise.

„Wir sind bereits in dem Abgrund, mein verehrter Herr. Sie thäten sehr unrecht, sich nur den geringsten Zwang aufzuerlegen um des Staates, um der Stadt oder auch selbst nur um der guten Gesellschaft willen. Denn alle diese Dinge, sehen Sie, bestehen nur mehr dem Anschein nach. Allerdings bin ich noch immer Unterpräfekt, und mein Freund Gourier ist noch immer Bürgermeister. Aber da hinter uns kein wirklicher festgefügter Staat mehr steht, sind wir nichts andres als Gespenster. Ebenso verhält es sich mit den Mächtigen und Reichen, deren Macht und Reichtum jeden Tag mehr von der neuen Organisation der Arbeit abgebröckelt werden. Geben Sie sich doch keine Mühe, sie zu verteidigen, da sie selber, vom Schwindel erfaßt, zu Beförderern der Revolution werden. Also in Gottes Namen, widerstehen Sie nicht länger, ergeben Sie sich!“

Er liebte es, in dieser Weise zu scherzen und damit die letzten Altbürger von Beauclair zu erschrecken. Er bediente sich dieser liebenswürdig-humoristischen Form, um die Wahrheit zu sagen, um seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß die alte Welt im Begriffe war, auseinanderzufallen, und daß eine Welt auf ihren Trümmern emporwuchs. In Paris vollzogen sich schwerwiegende Ereignisse, Stein um Stein des morschen Gebäudes bröckelte ab, und dieses wurde allmählich durch einen provisorischen Bau ersetzt, an welchem die Linien des künftigen Reiches der Gerechtigkeit und des Friedens bereits deutlich erkennbar waren. Alles dies bewies ihm, wie richtig sein Verhalten von jeher gewesen war. Er war glücklich, daß es ihm gelungen war, in diesem Provinzwinkel in Vergessenheit zu geraten, indem er so wenig als möglich regierte, und er war nun überzeugt, daß er hier eines natürlichen Todes sterben werde, zugleich mit dem Regime, das er nun schon seit vielen Jahren mit dem Lächeln des Philosophen und Weltmanns zu Grabe geleitete.

Die Mazelle waren erbleicht. Während die Frau regungslos in ihrem Fauteuil lehnte, die Augen auf die Kuchen des Theetisches geheftet, rief der Mann ängstlich:

„Wirklich, glauben Sie, daß wir so schwer bedroht sind? Ich weiß wohl, daß man davon spricht, die Renten zu beschneiden!“

„Die Renten,“ erwiderte Chatelard gelassen, „werden abgeschafft werden, ehe zwanzig Jahre um sind; oder man wird wenigstens eine Kombination durchführen, um die Rentner allmählich aus ihrem Besitz zu verdrängen. Die betreffenden Pläne werden gegenwärtig studiert.“

Madame Mazelle stieß einen Seufzer aus, als wollte sie den Geist aufgeben.

„Ach, ich hoffe, daß wir vorher sterben werden, um diese Schändlichkeiten nicht mit erleben zu müssen. Nur unser armes Kind wird darunter leiden. Das ist ein Grund mehr, um sie zu zwingen, eine gute Heirat zu machen.“

(Forts. folgt.)

Heiteres.

Der Kiebitz. Herr zum Angler (dem er eine Stunde zugesehen hat): „Das Angeln ist doch ein recht langweiliges Vergnügen, werden Sie denn gar nicht stumpfsinnig davon?“

Angler: „O na, aber wissens, neilt hat mir Oang nur a halbe Stund' zugeschaugt, den hams an Tag drauf in d' Idiotenanstalt bracht!“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219011023-10/fragment/page=0002

Kronprinz Wilhelm, Kaiser Wilhelm der Große und Kaiserin Maria Theresia vom 1. Oktober d. J. an auf der Heimreise anstatt in Southampton den Hafen von Plymouth anlaufen lassen wird. Man wird sich erinnern, daß vor einigen Monaten viel davon die Rede war, Wilhelm II. interessiere sich sehr lebhaft für die im Hafen von Plymouth in Angriff genommenen Hafenneubauten und wünsche, daß die deutschen Ozeandampfer dort anlaufen möchten. Bekanntlich begegnete der letztere Wunsch in den Kreisen der Reeder durchaus keiner Sympathie, da seine Erfüllung mit beträchtlichen Umständlichkeiten und Mehrkosten verknüpft sein sollte. Und nun dieser Umschwung. Der Lloyd muß doch wohl gefunden haben, daß auf irgend eine Weise dabei ein Vorteil für ihn herausspringt, mindestens der, persona gratissima zu höchster Stelle zu sein.

Wegen Bestechung und Beleidigung von Mitgliedern der bewaffneten Macht wurde der Journalist Schelsky vom Berliner Landgericht I zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hat im Februar d. J. an die Feldwebel und Divisionsschreiber verschiedener Truppenteile Briefe gerichtet, in denen er die Adressaten ersuchte, seine Mitarbeiter zu werden. Sie möchten ihm über allerlei Vorkommnisse in ihrem Regiment, über Selbstmorde, Unglücksfälle, Jubiläen, Versetzungen und dergleichen Mitteilungen machen. Er würde ihnen gutes Honorar zahlen und in betreff ihrer Persönlichkeiten strengste Verschwiegenheit beobachten. Am meisten sei ihm an „China-Briefen" gelegen. Die Adressaten übergaben die Briefe den Vorgesetzten, welche Strafantrag stellten. Den Soldaten ist es unter Androhung von Strafe geboten, über militärische Dinge Verschwiegenheit zu beobachten. Wer sie auffordert, dieses Gebot zu brechen, macht sich strafbar. Weil er auf einen dieser Briefe „Eigene Angelegenheit des Empfängers" geschrieben und dadurch freie Beförderung erlangt hatte, wurde Schelsky noch wegen Vergehens gegen das Postgesetz zu drei Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Unfallverhütungsbestimmungen der See-Berufsgenossenschaft werden zur Zeit im Reichsamt des Innern völlig umgearbeitet. Die neuen Vorschriften dürften bereits am 1. Januar in Kraft treten.

Dr. von Siemens leidet an Magenkrebs, er ist nicht mehr in der Lage, Nahrung aufzunehmen. Das Eintreten der Katastrophe ist binnen kurzem zu erwarten.

Zum Berliner Apothekenboykott wird berichtet, daß die Einigungskommission sich unter Zustimmung beider Parteien bereits konstituiert habe und in den nächsten Tagen ihre Verhandlungen beginnen werde.

Erschossen hat sich nach dem Berl. Tagebl. der kürzlich von Bromberg zum 157. Infanterieregiment nach Brieg versetzte Major v. Hertel.

Die Freiheit, das von W. Klink herausgegebene anarchistische Organ, hat wegen Geldmangels und weil sich der Herausgeber im Gefängnis befindet, sein Erscheinen eingestellt.

Ausland.

Oestreich. Anarchistische Gespensterfurcht. Die Budapester Polizei fahndet eifrigst auf den „gefährlichen" Anarchisten Bäckergesellen Bedzsideri, der aus Fiume verschwunden ist und sich nach Budapest begeben haben soll. Da die Polizei befürchtet, daß er ein Attentat plant, so wurden die Vorsichtsmaßregeln zum Schutze des Kaisers verdoppelt.

Frankreich. Antiklerikale Kundgebung. Aus Carmaux wird gemeldet: Der dortige Gemeinderat hat einstimmig einen Antrag angenommen, worin die Regierung ersucht wird, sämtlichen Kongregationen die Erlaubnis zum Aufenthalte in Frankreich zu versagen. Dieselben würden fortwährend im Konflikt mit der republikanischen Regierung stehen, weil sie den Kindern den Haß gegen die Regierung einimpften. Dieser Antrag wird dem Staatsrate und der Kammer zugesandt werden

— Wahlidyll aus Korsika. Bei den am Sonntag stattgehabten Wahlen zum Munizipalrat in Linguizzetta kam es zu Ausschreitungen. Ein Wähler erhielt einen Pistolenschuß und vier Dolchstiche. Zwei Mitglieder des Bureaus wurden getötet; noch sechs Personen wurden verwundet und zwar die Mehrzahl tödlich.

Holland. Zum Studium der Kolonialfrage wird sich unser holländischer Genosse Van Kol, Deputierter in der holländischen Kammer, im Januar n. J. nach Java begeben. Van Kol, der früher jahrelang in Niederländisch-Indien geweilt hat, beschäftigt sich besonders eifrig mit kolonialen Angelegenheiten.

Italien. Verurteilter Anarchist. Der Anarchist Quintavalle wurde vom Tribunal zu Portoferrajo wegen Aufreizung zu einem Jahr Gefängnis und zu 1000 Frank Geldstrafe verurteilt. Quintavalle war schon s. Zt. als angeblicher Komplice von Bresci in Haft genommen, aber wegen Mangel an Beweisen freigelassen worden.

Rußland. Revolte in einem russischen Regiment. Wie der L. A. aus Warschau meldet, kam es kürzlich auf dem Moskauer Felde, dem Uebungsplatze der dortigen Garnison, zu einer offenen Revolte. Die gemeinen Soldaten eines ganzen Regiments versagten den Gehorsam, weil sie zu schlecht beköstigt wurden. Die Offiziere gingen gegen die meuternden Soldaten vor, mußten aber zurückweichen, da sie beschossen wurden. Ein schwer verletzter Offizier ist bereits gestorben. Die Rädelsführer wurden nach der Zitadelle geschafft; etwa 300 Soldaten dürften vor ein besonderes Kriegsgericht gestellt werden.

England. König Eduard ist mit der Kriegführung unzufrieden, und die ewigen Mißerfolge der Engländer werden Lord Salisbury wohl zum Aufgeben seiner Stellung als Premierminister zwingen. Aus London wird gemeldet:

In der Umgebung des Königs ist man über die Verlängerung des Krieges äußerst verstimmt. Der König soll verschiedenen intimen Freunden gegenüber seiner Unzufriedenheit hierüber Ausdruck gegeben haben. Er befürchtet, daß der Krieg sich noch bis nach dem Krönungsfeste hinziehen werde. Es verlautet neuerdings, Lord Salisburry werde thatsächlich demissionieren, da sein Gesundheitszustand ihm nicht mehr erlaubt, die Regierungsgeschäfte weiterzuführen. Sollte in diesem Entschlusse keine Aenderung eintreten, so werde Salisbury durch ein anderes Mitglied des Kabinetts ersetzt werden, damit keinerlei Aenderung in der Politik des Kabinetts eintrete. Ein außerordentlicher Ministerrat ist für Donnerstag anberaumt. Wie es heißt, sollen in demselben wichtige Erklärungen hinsichtlich des Krieges in Südafrika gegeben werden.

Sollten die Engländer wirklich zur Vernunft kommen wollen, und dem Kriege ein Ende machen? Zeit wäre es!

Der Krieg in Südafrika.

Botha macht auf seinem Zuge nach Norden den Engländern wieder viel zu schaffen. Aus Lourenzo Marques wird gemeldet: Die Buren haben verschiedene englische Posten im Swaziland überrumpelt und einige hundert Kriegsgefangene dabei gemacht. Nachdem die Engländer dann ihrer Waffen, Munition und eines großen Teiles ihrer Lebensmittel entledigt worden waren, wurde ihnen die Freiheit zurückgegeben. — Das Haus des englischen Konsuls ist mit portugiesischen Schildwachen und nachts auch mit Kavalleriepatrouillen umgeben worden, da man fürchtet, daß etwas gegen sein Leben geplant sei. Seit dem 4. d. Mts. wacht ein englisches Kriegsschiff in Lourenzo Marques darüber, daß keine Kriegskontrebande ausgeschifft wird.

De Wet, von dem man längere Zeit nichts gehört hat, wird wieder einmal tot gesagt. Bei der Burendelegation im Haag ist darüber keine Nachricht eingegangen. Die Delegierten schenken dem betreffenden Gerüchte keinen Glauben und schreiben die Unthätigkeit de Wets einer anderen Ursache zu.

Die englische Blutjustiz hat ein neues Opfer gefordert. Am Montag wurde in Potschefstrom ein Mann Namens Lewis zum Tode verurteilt und erschossen. Er soll sich an der Ermordung zweier gefangener Engländer beteiligt haben.

Die Frankf. Ztg. meldet aus Kopenhagen: Präsident Krüger hat die vom Ausschuß des Shortings vorgeschlagene Nobelprämie für Förderung der Friedenssache erhalten.

Von den Schrecknissen des Krieges, dem die christlichen Kulturmächte nun schon über zwei Jahre ruhig zusehen, geben zwei Privatbriefe Kunde, die aus Südafrika gekommen sind. Die wichtigsten Stellen daraus seien hier mitgeteilt. Der eine dieser Briefe stammt aus Johannisburg: „Die Nahrungsmittel, hauptsächlich Mehl, Reis und Zucker sind beinahe vollständig aufgebraucht. Die Kommunikation wird fortwährend unterbrochen, und daher ist die Einfuhr gleich null. Das Fleisch ist ungenießbar, zumal im Frauenlager. Die Krankheit nimmt dort zu, in dieser Woche (21. August) 26 Tote. Die Kinder leiden an einer krebsähnlichen Mundkrankheit. Die Lippen, Gaumen und Kinnbacken werden weggefressen. Die Krankheit ist entstanden durch Fleisch von milzbrandkranken Schafen. Vom 20. Juli bis zum 20. August sind 78 Frauen und Kinder gestorben. Die Not unter den armen Frauen in der Stadt ist entsetzlich."

Der andere Brief, den die Frankf. Ztg. bringt, schildert geradezu schauerliche Kriegsszenen und eine Handlungsweise der Engländer, die an die Schandthaten der Söldner des 30jährigen Krieges erinnert. In dem Briefe heißt es: „Ein Irländer, der mit General Bindon Blood das Hochfeld zwischen Amsterdam, Bethel und Middelburg gesäubert hatte, erzählte mir: „Der ganze Landstrich ist verwüstet. Zwischen Klippen fanden wir vor Hunger und Kälte sterbende Frauen und Kinder. Eine Frau war durch eine Kugel getötet. Ein geladenes Gewehr lag neben ihr. Bei Middelburg waren wir von den Buren eingeschlossen. Unser Zustand war gefährlich. Da kamen unsere Offiziere auf die Idee, Frauen und Kinder zwischen uns und neben die Kanonen zu stellen. Das Geschrei der Armen war, um wahnsinnig zu werden. Sie kreischten wie Irrsinnige, als eine Granate eine von ihnen tötete und zwei verwundete. Gott sei Dank erkannten die Buren bald die Schlage und stellten das Schießen ein. Unsere Offiziere gaben Befehl, zu retieren, und wir kamen mit heiler Haut davon. Doch ließen wir 57 Tote liegen. Davon hört man zu Hause für gewöhnlich nicht viel, denn es werden nur die Namen der Gefallenen aus „festen Truppenverbänden" aufgezeichnet. — Auch sind viele Kaffern als Rekruten eingestellt worden. Diese Banditen bekommen denselben Sold wie Europäer und dann noch Extraprämien; für einen gefangenen Buren 3 Lstrl., für einen toten 5 Lstrl. Die Schufte liefern begreiflicherweise keinen gefangenen Buren ein."

Versammlungsberichte.

Klempner und Installateure.

Versammlung vom 12. Oktober. Die Vorlesung von Wallensteins Lager wurde bald abgebrochen, da die Kollegen wenig Interesse dafür an den Tag legten. In Verbandsangelegenheiten teilte Kollege Ritter mit, daß wahrscheinlich in 14 Tagen Dr. Fränkel einen Vortrag halten wird. Das Nähere wird durch Inserat bekannt gegeben werden.

Im Punkt 3: Ausführungen der Handwerkskammer, kam es zur längeren Diskussion. Es wurde eine die Ausführungen im Berichte der Handwerkerkammer verurteilende Protestresolution angenommen. (Siehe Volksblatt Nr. 245. Eine Zuchthausdenkschrift. D. Red.) (Eingeg. 16. 10.) K.

Töpfer.

Sonnabend, den 14. Oktober, fand in Kautzschs Restaurant unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche gut besucht war.

Die Rechnungslegung der beiden Kassierer wurde gutgeheißen und von der Versammlung einstimmig denselben Entlastung erteilt. Bei der Wahl des Vorstandes ergab sich folgendes Resultat:

Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Pawlowsky wiedergewählt, obwohl er anfangs das Amt nicht wieder annehmen wollte.

Als 2. Vorsitzender wurde Kollege Stephan und als Kassierer zum Verband Kollege Schwarz gewählt. Kassierer zum Lokalionds wurde wieder Kollege Stark.

Den Kartellbericht erstattete Kollege Stark und fand derselbe Billigung. Nur die Kontrollkarten der Barbiere wurden einer Kritik unterzogen und es hervorgehoben, daß, wenn man erst Zwangsmittel ergreift, um zu organisieren, es ein ganz verfehlter Standpunkt ist.

Als Kartelldelegierter wurde Kollege Billain wiedergewählt.

Da Kollege Stark seine Wiederwahl ins Kartell ablehnte, wurde an dessen Stelle Görlitz gewählt. In die Bauarbeiterschutzkommission wurden die Kollegen Mewes und Lift gewählt.

Im Punkt Verschiedenes wurden noch einige Anfragen über den Lohntarif erledigt und beschlossen, den fremden verheirateten Kollegen, welche nur vorübergehend hier arbeiten, unsern Lohntarif für den halben Preis abzugeben. Hiermit Schluß der Versammlung. (Eing. 19. 10.) E. St.

Zeitz.

Sozialdemokratischer Verein. Am Dienstag fand die regelmäßige Versammlung in Schindlers Restaurant statt. Genosse Plorin referierte über den Lübecker Parteitag in eingehendster Weise. Dem Vortrag schloß sich eine rege und lebhafte Diskussion an, in der für und wider die Beschlüsse gesprochen wurde. Hingewiesen wurde auf die Protokolle, die jetzt erschienen sind und in aller ausführlichster Weise die Verhandlungen wiedergeben. Das Protokoll, das bei dem Genossen Leopoldt zu beziehen ist, sollte sich jeder Genosse anschaffen.

Im Geschäftlichen wurde festgesetzt, daß in der nächsten Versammlung über die bevorstehende Stadtverordnetenwahl verhandelt wird. Da die Wahl selbst im November vor sich geht, muß unsere Partei dazu Stellung nehmen. Hoffentlich werden alle Genossen veranlaßt, deshalb die Versammlung zu besuchen, um so mehr als in derselben auch die aufzustellenden Kandidaten nominiert werden. Es muß also schon jetzt für starken Besuch agitiert werden. Diese Versammlung wird auch einen Beschluß fassen über das Beilegen von Geschäftsanzeigen im Volksblatt.

Im Verschiedenen teilte Genosse Leopoldt den Stand der Kasse des Vereinshauses mit. Da an anderer Stelle im Volksblatt darüber berichtet wird, so können wir hier darüber hinweggehen. Ebenso über die Angelegenheit der Meißener Kasse, die ebenfalls angeregt wurde, da auch darüber extra berichtet wird. Erwähnen wollen wir hier nur, daß alle Redner mit einer Ausnahme mit dem Verhalten des Vorsitzenden dieser Kasse, des Genossen Leopoldt, einverstanden waren, da derselbe nach Lage der Sache gar nicht anders handeln konnte. Darauf trat Schluß der Versammlung ein.

Schkeuditz.

In der am 16. d. M. abgehaltenen Parteiversammlung, welche leider schwach besucht war, erstattete Gen. Lipinsky-Leipzig Bericht über den Parteitag in Lübeck. Wie bereits anderwärts, so entpann sich auch hier über den Schiedsspruch, die Hamburger Akkordmaurer betr., eine lebhafte Debatte. Eine Resolution, die Hamburger Akkordmaurer als Streikbrecher anzusehen, wurde abgelehnt, und erklärte man sich mit den auf dem Parteitage gefaßten, auf diese Sache bezügl. Resolutionen einverstanden. Hierauf gab Gen. Böhm als Vertrauensmann Bericht über seine Thätigkeit, und wurde derselbe einstimmig wiedergewählt. Als Revisoren wurden die Genossen Emmrich und Rohde, ins Agitationskomitee Gen. Engelmann gewählt. Als Preßkommission fungieren die Gen. C. Müller, Thiele und Jäger. Unter Verschiedenem wurde auf die am 27. d. Mts. stattfindende Kalenderverteilung hingewiesen und um zahlreiche Beteiligung ersucht. (Eingeg. 19. 10.) H. P.

Quittung.

Gesammelt zum Richtefeste in Leutzsch bei Leipzig auf Parteiliste 357 6.90 Mk.

Von Leipzig bis Halle auf Liste 359 6.90 Mk. gesammelt.

Fr. Angermann.

Sprechstunde der Redaktion nur mittags von ½12 bis ½1 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Paletots
Jacketts
Kragen
Capes
Umhänge
Blousen
Kinder-Jacketts
werden zu aussergewöhnlich billigen Preisen verkauft.
M. Schneider
Halle a. S.
Leipzigerstrasse 94.

Schützenhaus Zeitz.
Mittwoch den 23. Oktober abends 8 Uhr grosses Extra-Konzert.
Nach dem Konzert ein Tänzchen.
Eintritt 30 Pf. Eintritt 30 Pf.
Um zahlreichen Besuch bitten
C. Hland. Stadtorchester Zeitz.

Zoologischer Garten, Halle.
Entree 50 Pf. Kinder 30 Pf.

Boykottfreien Kautabak
von Grimm & Triepel, Nordhausen
sowie gemischte
Rippen und Zigarren
eigenes Fabrikat
empfiehlt den Genossen von Bitterfeld und Umgegend
Gustav Winder, Burgstraße 27 Hinterhaus.

Jeden Mittwoch Schlachte-Fest.
Oskar Heller, Steinweg 32.
Telephon 2179.

Burg-Theater.
Mittwoch den 23. Oktober cr.
1. gr. Schlachte-Fest.
Hierzu ladet Freunde u. Bekannte höfl. ein
Karl Schmidt.

Mittwoch Schlachte-Fest.
Siegel, Böllbergerweg 21.
Daselbst wird Räuchern angenommen.

Kanarien-Vögel.
Kaufe Donnerstag den 24. Oktober Kanarienhähne u. Weibchen im Zentral-Hotel. H. Montag, Nordhausen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219011023-10/fragment/page=0003

Grosse

allgem. Wähler-Versammlung

Freitag den 25. Oktober abends 8 Uhr in Osborgs Bellevue

Vortrag des Reichstagsabgeordneten und Stadtverordneten E. Wurm-Berlin über:

Die Aufgaben der Sozialdemokratie in den Kommunalvertretungen.

Jedermann hat freien Zutritt. — Freie Diskussion. — Namentlich sind die Mitglieder der hiesigen kommunalen Bezirksvereine zu dieser Versammlung geladen.

Der Vertrauensmann.

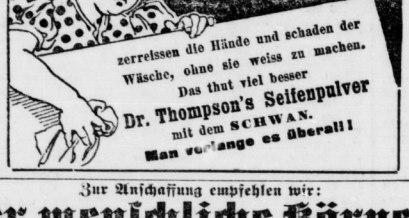
Gardinen, Portièren, Möbelstoffe, Teppiche, Tischdecken in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

Kaufhaus **H. Elkan** Halle a. S., Leipzigerstr. 87.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler.
Filiale Giebichenstein.
Mittwoch den 23. Okt. abends 8 Uhr im Restaur. Schmelzers Höhe
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Abrechnung vom 3. Quartal. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Handels- u. Transportarbeiter Zeitz.
Mittwoch den 23. Okt. abends 8½ Uhr im Restaur. Reichskanzler
Versammlung.
Tagesordnung: „Der Kampf ums Dasein". Ref.: Koll. Martine, Erfurt. Verschiedenes.
Alle im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter sind hierzu eingeladen.
Der Vorstand.

Ia. Salon-Briketts,
böhmische Kohlen, Presssteine, Koks für Zentralheizung, Holz liefere zu Sommerpreisen.
Adolf Gersmann,
Telephon 2367.
verlängerte Krausenstrasse.
Handwagen stehen zur Verfügung.



Zur Anschaffung empfehlen wir:
Der menschliche Körper.
Anschauliche Darstellung seines Baues und seiner Organe.
Mit erläuterndem Text.
Preis 1.50 Mk.
Zu haben in der
Volksbuchhandlung, Rannischestraße 3.

Luckenau.
Unserem Mitglied
Hugo Peter
zu seinem auf den 22. Oktober fallenden Geburtstag ein dreimaliges Glück auf!
Vergnügungsverein „Glück auf".

Stadt-Theater Halle a. S.
Mittwoch den 23. Oktober 1901
Abends 7¼ Uhr.
40. Vorst. i. P.-Ab. 33. Abonn.-Vorst.
4. Viertel. Farbe weiß.
Festvorstellung zur Feier des 100jähr. Geburtstages von **Albert Lortzing.**
Undine.
Romantische Oper in 4 Akten von A. Lortzing.

Donnerstag den 24. Oktober 1901
abends 7¼ Uhr.
41. Vorst i. P.-Ab. 34. Abonn.-Vorst.
3. Viertel.] Farbe rot.
Die rote Robe.
(La robe rouge.)
Drama in 4 Akten von E. Brieux.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Neuer Spielplan!

Die
elektrisch-musikalisch. Sterne.
14 Damen, 1 Herr, 2 Kinder.
Gr. sensationelle Ausstattungsszene in neuen brillanten Kostümen.
Dir.: Hermann Krüger.

Die **Rudolphi-Truppe,** 6 Person., Parterre-Akrobaten. — ??? Das Trio **Thalvane,** Gesangsterzett ??? — Mitz. **Klara** und **Richard,** Equilibristen auf dem schwebenden Trapez. — Herr **H. Maletzky,** Zauber-Künstler und Illusionist. — **Brothers Antonio,** Bravour-Gymnastiker am dreifachen Reck. — Fräulein **Paula Severa,** Walzer- und Lieder-Sängerin. — Herr **Max Walden,** Original-Gesangs-Humorist und Rezitator. — **Jules Greenbaums** Amerikanischer Bioskop mit neuen sensationellen lebenden Photographien.
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Apollo-Theater.
Direktion: Gustav Poller
am Riebeckplatz, 2 Min. v. Haupt-Bahnhof entfernt.
Ab 16. Oktober
Der neue sensation. Spielplan.
Auftreten von **Jean Clermont** mit seinen vierbeinigen Künstlern u. von **Jean Bayer** mit seiner Schlacht bei Sedan.
Abends 8 Uhr
gr. Abendvorstellung.
Von ½8 Uhr an **großes Konzert des Theaterorchesters.**
Engagiertes Künstlerpersonal:
Jean Clermont
mit seinem Zirkus à la Barnum u. Bailey.
Großartige Dressur! Hochkomisch!
The 4 Milous,
Kraft-Gladiatoren. U. a.: „Die lebenden Säulen", einzig existierend.
Silvestro-Troupe,
großes Luftpotpourri.
Hasson u. Jenny,
Produktion auf d. rollenden Globus.
??? Jean Bayer ???
mit neuen Schlagervorträgen.
Toni Hauser
vom Deutschen Theater in München.
Die 4 Mächener Kindl,
Damen Gesangs- u. Tanz-Quartett.
Marzetto, Hand- und Kopf-Equilibrist auf der Pyramide.
DrösesVelograph mit einer neuen Serie seiner wunderbaren Bilder.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Apollo-Theater
Weissenfels.
4. Spielplan der Wintersaison
Täglich 8 Uhr
große Spezialitäten-Vorstellung.
Auftreten von nur erstklassigen Künstler-Spezialitäten.
Preise wie bekannt.
Emil Schaefer.

Führer durch Halle.
Preis Mk. 1.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Rannischestraße 3.

Na! Na!
Neu! Neu!
Spezialität!
Ausgezeichneter Geschmack.
à Stück 5 Pf.
Zigarren-Handlung
A. Gross, Geiststraße 5.

Zeitz.
Neue Welt-Kalender,
Arbeiter-Notiz-Kalender,
Protokoll vom Lübecker Parteitag,
Boykottfreier Kautabak von Grimm & Triepel, Nordhausen,
Zigarren,
sehr gute in allen Preislagen empfiehlt
Buchhandlung A. Leopoldt.

Friedrich Peileke
Geiststraße 25 Geiststraße 25
Möbel-Handlung
Neu und Gebrauchter Möbel
empfiehlt sein stets großes Lager von Buffetts, Schreibtischen, Vertikows, Paneelsofa, Garnituren, Stegtischen, Trumeaux, Spiegeln, Koulissentischen, Rohrlehnstühlen, Bücherschränken.
Ganze komplette Salon-Einrichtungen.
Ganze komplette Schlafzimmer, sowie einzelne Bettstellen mit und ohne Matratzen, Waschtische mit und ohne Marmor, Kleiderschränke u. v. a. zu streng reell und billigen Preisen.
Mein **Geschäftslokal** befind. sich nur
25 Geiststraße 25.

Werkzeuge in Ia Qualität u. Eisenwaren empfiehlt
Paul Schneider, Merseburgerstraße 4.

Obst u. Kartoffeln
verkaufe vom Kahn an Weinecks Brücke. Kähne.

Neu eröffnet! **Wittenberg.** Neu eröffnet!

Wittenberger Konfektionshaus

Kollegienstraße 22. im Hause des Herrn E. Heintze. Kollegienstraße 22.

Täglicher Eingang von Neuheiten in:

Herren-Anzügen, Paletots, Pelerinenmäntel und Joppen.

Arbeiter-Garderobe.

Engl. Leder- und Zwirn-Jacketts, auch gefüttert,
Engl. Leder- und Zwirn-Beinkleider und Westen,
Monteur-Anzüge und Jacken,
Malerkittel, dauerhafte Näharbeit,
Wollene Strickwesten in allen Farben,

Spezialität:
Weiße Lederhosen,
Manchester- und Sammet-Beinkleider und Westen,

in größter Auswahl am Platze, bei soliden Preisen.

Herren-Wäsche. **Hüte, Mützen.**

Streng feste Preise! Streng feste Preise!

Bitte meine drei Schaufenster zu beachten.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219011023-10/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 248 — Halle a. S., Mittwoch den 23. Oktober 1901. — 12. Jahrg.

Zur Kritik des sozialdemokratischen Programm-Entwurfs 1891.

In der Neuen Zeit wird jetzt eine Arbeit von Friedrich Engels veröffentlicht, die in dem Nachlasse Liebknechts aufgefunden wurde. Der Entwurf eines Parteiprogramms, mit dessen Abfassung der Parteivorstand von dem Halleschen Parteitage 1890 beauftragt worden war, war auch an Engels zur Begutachtung geschickt worden. Engels hat den Entwurf einer eingehenden Kritik unterzogen. Die Arbeit war von einem an Kautsky gerichteten Briefe begleitet, in dem es über Engels Absichten bei seiner Kritik heißt:

„Ich wollte erst versuchen, die Einleitungserwägungen etwas straffer zu fassen, kam aber aus Zeitmangel nicht dazu, auch schien es mir nichtiger, die teils vermeidlichen, teils unvermeidlichen Mängel des politischen Teiles auseinanderzusetzen, da ich dabei Gelegenheit fand, auf den friedfertigen Opportunismus ... und das frisch-fromm-fröhlich-freie „Hineinwachen" der alten Sauerei „in die sozialistische Gesellschaft" loszuhauen."

Das Gutachten, aus dem wir das Wichtigste hier wiedergeben wollen, beginnt:

„Der jetzige Entwurf unterscheidet sich sehr vorteilhaft vom bisherigen Programm. Die starken Ueberreste von überlebter Tradition — spezifisch Lassallischer wie vulgär-sozialistischer — sind im wesentlichen beseitigt, der Entwurf steht nach seiner theoretischen Seite im ganzen auf dem Boden der heutigen Wissenschaft und läßt sich von diesem Boden aus diskutieren.

Er zerfällt in drei Abschnitte: 1. Erwägungsgründe, 2. politische Forderungen, 3. Arbeiterschutz-Forderungen.

1. Erwägungsgründe in zehn Absätzen.

Im allgemeinen leiden dieselben an dem Versuch, zwei unvereinbare Dinge zu vereinigen: sowohl Programm wie Kommentar zum Programm zu sein. Man fürchtet, nicht deutlich genug zu sein, wenn man kurz und schlagend ist, setzt deshalb Erläuterungen hinein, die die Sache breit und schleppend machen. Nach meiner Ansicht hat das Programm so kurz und präzis als möglich zu sein. Selbst wenn auch einmal ein Fremdwort oder ein nicht auf den ersten Blick in seiner ganzen Tragweite zu erfassender Satz vorkommt, schadet das nichts. Der mündliche Vortrag in den Versammlungen, die schriftliche Erklärung in der Presse tut da alles Nötige und der kurze prägnante Satz befestigt sich dann, einmal verstanden, im Gedächtnis, wird Schlagwort, und das passiert der breiteren Auseinandersetzung nie. Man opfere der Rücksicht auf Popularität nicht zu viel, man unterschätze nicht die geistige Begabung und Bildungsstufe unserer Arbeiter. Sie haben weit schwerere Dinge verstanden, als das kürzeste, knappste Programm ihnen bieten kann; und wenn die sozialistengesetzliche Zeit auch die volle Durchbildung der neu hinzugekommenen Massen erschwert und stellenweise verhindert hat — unter Leitung der alten wird das bald nachgeholt, jetzt, wo unsere Propagandaschriften wieder ungestört aufbewahrt und gelesen werden können."

Die Einzelheiten der Kritik an den Erwägungsgründen übergehen wir der Länge wegen, indem wir dafür die Leser auf die Neue Zeit verweisen. Das Uebrige lassen wir vollständig folgen:

2. Politische Forderungen.

Die politischen Forderungen des Entwurfs haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, steht nicht drin. Wenn alle diese zehn Forderungen bewilligt wären, so hätten wir zwar diverse Mittel mehr, um die politische Hauptsache durchzusetzen, aber keineswegs die Hauptsache selbst. Die Reichsverfassung ist in der Abmessung der dem Volke und seiner Vertretung überwiesenen Rechte ein purer Abklatsch der preußischen Verfassung von 1850, einer Verfassung, worin die äußerste Reaktion in Paragraphen gefaßt ist, worin die Regierung alle wirkliche Macht besitzt und die Kammern nicht einmal das Steuerverweigerungsrecht haben; einer Verfassung, die in der Konfliktszeit bewies, daß die Regierung mit ihr machen konnte, was sie wollte. Die Rechte des Reichstages sind genau dieselben, wie die der preußischen Kammer, und dafür nannte Liebknecht diesen Reichstag das Feigenblatt des Absolutismus. Auf Grundlage dieser Verfassung und der von ihr sanktionierten Kleinstaaterei, auf Grundlage eines Bundes zwischen Preußen-Reuß-Greiz-Schleiz-Lobenstein, wovon das eine so viel Quadratmeilen hat als das andere Quadratzoll, auf solcher Grundlage die „Umwandlung aller Arbeitsmittel in Gemeineigentum" durchführen zu wollen, ist augenscheinlich sinnlos.

Daran zu tasten ist aber gefährlich. Und dennoch muß so oder so die Sache angegriffen werden. Wie nötig das ist, beweist grade jetzt der in einem großen Teil der sozialdemokratischen Presse einreißende Opportunismus. Aus Furcht vor einer Erneuerung des Sozialistengesetzes, aus der Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft jenes Gesetzes gefallenen voreiligen Aeußerungen soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesetzliche Zustand in Deutschland der Partei genügen können, alle ihre Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen. Man redet sich und der Partei vor, „die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein", ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse, diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse, wie der Krebs die seine, als ob sie in Deutschland nicht außer dem Fesseln der noch halb absolutistischen und obendrein namentlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe. Man kann sich vorhellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig thun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat; in demokratischen Republiken wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abkaufung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist. Aber in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle anderen Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren, und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden.

Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irre führen. Man schickt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind. Soll es wieder gehen, wie seiner Zeit mit den Schutzzöllen, die man damals für eine nur die Bourgeoisie angehende, die Arbeiter nicht im entferntesten berührende Frage erklärte, wo also jeder stimmen konnte, wie er wollte, während jetzt mehr als einer ins entgegengesetzte Extrem verfällt und aus Gegensatz gegen die schutzzöllnerisch gewordenen Bourgeois die ökonomischen Verdrehungen von Cobden und Bright neu auflegt und als reinsten Sozialismus predigt — das reinste Manchestertum?

Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag „ehrlich" gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der „ehrliche" Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen. Welches sind nun die kitzligen, aber sehr wesentlichen Punkte?

Erstens. Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, daß unsere besten Leute unter einem Kaiser-Minister werden sollten, wie Miquel.

Nun scheint es gesetzlich nicht anzugehen, daß man die Forderung der Republik direkt ins Programm setzt, obwohl das sogar unter Louis Philipp in Frankreich ebenso zulässig war wie jetzt in Zürich. Aber das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man dort auf gemütlich friedlichem Wege die Republik einrichten und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft.

Indes kann man an der Republik sich allenfalls vorbeidrücken. Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung. Und das würde einstweilen genügen, wenn man nicht weiter gehen kann.

Zweitens. Die Rekonstitution Deutschlands. Einerseits muß die Kleinstaaterei beseitigt werden — man revolutioniere doch die Gesellschaft, so lange es baierisch-württembergische Reservatrechte giebt und die Karte von Thüringen zum Beispiel das gegenwärtige Jammerbild bietet. Andererseits muß Preußen aufhören zu existieren, muß in selbstverwaltende Provinzen aufgelöst werden, damit das spezifische Preußentum aufhört, auf Deutschland zu lasten. Kleinstaaterei, spezifisches Preußentum sind die beiden Seiten des Gegensatzes, worin Deutschland jetzt gefangen liegt und wo immer die eine Seite der anderen als Entschuldigung und Existenzgrund dienen muß. Was soll an die Stelle treten? Nach meiner Ansicht kann das Proletariat nur die Form der einen unteilbaren Republik gebrauchen.

Die Föderativrepublik ist auf dem Riesengebiet der Vereinigten Staaten jetzt noch im ganzen eine Notwendigkeit, obgleich sie im Osten bereits ein Hindernis wird. Sie wäre ein Fortschritt in England, wo vier Nationen auf den beiden Inseln wohnen und trotz eines Parlaments schon jetzt dreierlei Gesetz-Systeme nebeneinander bestehen. Sie ist in der kleinen Schweiz schon längst ein Hindernis geworden, erträglich nur, weil die Schweiz sich damit begnügt, ein rein passives Glied des europäischen Staatensystems zu sein. Für Deutschland wäre die föderalistische Verschweizerung ein enormer Rückschritt. Zwei Punkte unterscheiden den Bundesstaat vom Einheitsstaat, daß jeder verbündete Einzelstaat, jeder Kanton seine eigene Zivil- und Kriminalgesetzgebung und Gerichtsverfassung hat, und dann, daß neben dem Volkshaus ein Staatenhaus besteht, worin jeder Kanton, groß oder klein, als solcher stimmt. Das erste haben wir glücklich überwunden und werden nicht so kindisch sein, es wieder einzuführen, und das zweite haben wir im Bundesrat und können es sehr gut entbehren, wie denn überhaupt unser „Bundesstaat" schon den Uebergang zum Einheitsstaat bildet. Und wir haben nicht die 1866 und 1870 gemachte Revolution von oben wieder rückgängig zu machen, sondern ihr die nötige Ergänzung und Verbesserung zu geben durch eine Bewegung von unten.

Also einheitliche Republik. Aber nicht im Sinne der heutigen französischen, die weiter nicht ist, als das 1798 begründete Kaiserreich ohne den Kaiser. Von 1792 bis 1798 heißt jedes französische Departement, jede Gemeinde vollständige Selbstverwaltung nach amerikanischem Muster, und das müssen wir auch haben. Wie die Selbstverwaltung einzurichten ist und wie man ohne Bureaukratie fertig werden kann, das bewies uns Amerika und die erste französische Republik, und heute noch Australien, Kanada und die anderen englischen Kolonien. Und eine solche provinzielle und gemeindliche Selbstverwaltung ist weit freier als zum Beispiel der schweizerische Föderalismus, wo der Kanton zwar sehr unabhängig ist gegenüber dem Bund, aber auch gegenüber dem Bezirk und der Gemeinde. Die Kantonal-Regierungen ernennen Bezirks-Statthalter und Präfekten, wovon man in den Ländern englischer Zunge nichts weiß und die wir uns ebenso höflichst in Zukunft verbeten haben wollen, wie die preußischen Landräte und Regierungsräte.

Von allen diesen Sachen wird nicht viel ins Programm kommen dürfen. Ich erwähne sie auch hauptsächlich, um die Zustände in Deutschland zu kennzeichnen, wo so etwas zu sagen nicht angeht, und damit gleichzeitig die Selbsttäuschung, die solche Zustände auf gesetzlichem Wege in die kommunistische Gesellschaft überführen will. Und ferner, um dem Parteivorstand in Erinnerung zu bringen, daß es noch andere politische Fragen von Wichtigkeit giebt, als die direkte Gesetzgebung durch das Volk und die unentgeltliche Rechtspflege, ohne die wir am Ende auch davonkommen. Bei der allgemeinen Unsicherheit können diese Fragen von heute auf morgen brennend werden und was dann, wenn wir sie nicht diskutiert, uns nicht darüber verständigt haben?

Was aber ins Programm kommen kann und was wenigstens indirekt als Andeutung des nicht Sagbaren dienen kann, ist die Forderung:

„Vollständige Selbstverwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte. Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden."

Ob es sonst noch möglich ist, in Bezug auf die soeben diskutierten Punkte Programmforderungen zu formulieren, kann ich hier nicht so gut beurteilen, als Ihr dort. Aber wünschenswert wäre es, daß diese Fragen innerhalb der Partei debattiert würden, ehe es zu spät ist.

1. Der Unterschied zwischen „Wahlrecht und Stimmrecht bezw. Wahlen und Abstimmungen" ist mir nicht ersichtlich. Soll einer gemacht werden, wäre dies jedenfalls deutlicher auszudrücken oder in einem den Entwurf begleitenden Kommentar zu erklären.

2. „Vorschlags- und Verwerfungsrecht des Volkes" für was? Für alle Gesetze oder Beschlüsse der Volksvertretung wäre hinzuzusetzen.

5. Vollständige Trennung von Kirche und Staat. Alle religiösen Gemeinschaften ohne Ausnahme werden vom Staate als Privatgenossenschaften behandelt. Sie verlieren jede Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und jeden Einfluß auf die öffentlichen Schulen. (Man kann ihnen doch nicht verbieten, eigene Schulen aus eigenen Mitteln zu gründen und dort ihren Blödsinn zu lehren!)

6. „Weltlichkeit der Schule" fällt dann weg, es gehört in den vorigen Paragraphen.

8. und 9. Hier möchte ich zu bedenken geben: Diese Punkte fordern Verstaatlichung 1. der Advokaten, 2. der Aerzte, 3. der Apotheken, Zahnärzte, Hebammen, Krankenpfleger ꝛc. Ferner wird später die totale Verstaatlichung der Arbeiterversicherung gefordert. Ob das alles dem Herrn v. Caprivi anvertraut werden darf und das im Einklang steht mit der vorangegangenen Lossagung von allem Staatssozialismus?

10. Hier würde ich sagen: „Progressive ..... Steuern für Bestreitung aller Ausgaben im Staate, Bezirk und Gemeinde, soweit Steuern dazu erforderlich. Abschaffung aller indirekten Staats- und Lokalsteuern, Zölle ꝛc." Der Rest ist überflüssig und abschwächender Kommentar respektive Motivierung.

3. Oekonomische Forderungen.

ad 2. Nirgends mehr als in Deutschland bedarf das Koalitionsrecht auch einer Sicherstellung gegenüber dem Staat. Der Schlußsatz „zur Regelung" wäre als Artikel 4 zuzusetzen und in entsprechende Form zu bringen. Zu diesem wäre zu bemerken, daß wir mit Arbeitskammern von halb Arbeitern und halb Unternehmern geleimt wären. Auf Jahre hinaus werden da die Majoritäten stets auf seiten der Unternehmer sein, wozu ein schwarzes Schaf unter den Arbeitern genügt. Wird nicht ausgemacht, daß in Streitfällen beide Hälften separat ihre Meinung abgeben, wäre es viel besser, eine Unternehmerkammer und daneben eine unabhängige Arbeiterkammer zu haben.

Ich möchte bitten, vor Thorschluß nochmals das französische Programm zu vergleichen, wo gerade für Nummer 3 manches besser scheint. Das spanische kann ich bei der Kürze der Zeit leider nicht heranziehen, es ist auch in vieler Beziehung sehr gut.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 21. Oktober 1901, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Dittenberger.

Der Vorsteher giebt bekannt, daß vor langen Jahren für die Mitglieder des Kollegiums ein Photographie-Album angeschafft worden ist, in dem jeder Stadtverordneter seine Photographie anbringen kann. Seit längerer Zeit sei das Album aber in Vergessenheit gekommen. Es fehlten darin die sämtlichen Kollegen der eingemeindeten Vororte und auch andere sehr alte Kollegen. Selbst er, der Vorsteher, als 14jähriges Mitglied habe vergessen, seine Photographie dort niederzulegen. (Heiterkeit). Redner empfiehlt die Benutzung des Albums. Eingegangen ist ein Schreibstück betreffs Errichtung einer Nationalkirche. Der Vorsteher glaubt im Einverständnis mit der Versammlung zu handeln, wenn er erklärt, daß das Kollegium mit der Sache nichts zu thun habe. Zwei Petitionen betreffend Ausbau der Adolfstraße und die Lieferung der Möbel für das Direktorzimmer des Elektrizitätswerkes werden den zuständigen Kommissionen zugewiesen. Der zum Stadtrat gewählte Stadtv. Billing teilt mit, daß er zum 31. Dezember sein Mandat niederlege. Stadtv. Herz hat ebenfalls seine Mandatsniederlegung mitgeteilt, so daß die Neuwahl ausgeschrieben werden muß. Nach der Verlesung des Protokolls der Sitzung vom 14. Oktober wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1—3. Zu Ausbesserungsarbeiten am Südkanal werden nach dem Magistratsantrage in Verbindung mit den Anträgen der Kommissionen 15000 Mk. bewilligt. — Zur Tagesordnung übergegangen wird über die Beschwerde wegen Beschädigung des Grundstücks Kl. Klausstraße 13. — Die Herstellung eines Thonrohr-Kanals in der Ankerstraße wurde nach dem Antrage des Magistrats, sowie der Bau- und Finanzkommission beschlossen.

4. Zurückgezogen wurde vom Magistrat die Vorlage betreffs Verpachtung eines Landstreifens an der Delitzscherstraße zur Errichtung von Läden.

Der Kaufmann Hermann Weise, Delitzscherstraße 93 wohnhaft, beabsichtigt die zwischen dem Riebeckschen Grundstück und der Delitzscherstraße belegene Fläche behufs Errichtung massiver Läden, wie dies auf der östlich daran grenzenden, dem Eisenbahn-Fiskus gehörigen Parzelle bereits geschehen ist, von der Stadtgemeinde zu erpachten.

Der Magistrat ist gewillt, diesem Antrage stattzugeben und ersucht die Versammlung, sich mit der Verpachtung der oben erwähnten Fläche an den Kaufmann Hermann Weise unter folgenden Bedingungen einverstanden erklären zu wollen:

a) Die Verpachtung der Fläche erfolgt zunächst fest auf die Dauer von 3 Jahren; nach Ablauf dieser Zeit steht beiden Teilen eine einjährige Kündigung zu.

b) Der jährliche Pachtzins beträgt 1800 M.

c) Nach Ablauf der Pachtzeit gehen die auf der Fläche von Herrn Weise errichteten Baulichkeiten entweder wie sie stehen und liegen in das Eigentum der Stadtgemeinde über oder aber Herr Weise läßt dieselben auf seine Kosten abbrechen und verpflichtet sich ferner, die Vorderflächen der Mauer ordnungsmäßig wieder herstellen zu lassen.

Stadtv. Döhler beantragt die Ausschreibung der Verpachtung jenes Landstreifens. Wie ihm zu Ohren gekommen sei, habe Herr Weise auf jenem Landstreifen, wo er jetzt sein Geschäft betreibt, sehr hübsche Ueberschüsse erzielt. Die Ausschreibung könnte der Stadt nur Vorteile bringen. Stadtv. Krüger erklärt, wenn Stadtv. Döhler nicht den Antrag gestellt hätte, die Verpachtung auszuschreiben, dann hätte er es gethan. Es könne nicht zweifelhaft sein, daß die Geschäftslage in einer so verkehrsreichen Gegend sehr gut ist. Ebensogut wie Herr Weise, könne aber auch ein anderer beabsichtigen, dort Geschäfte zu machen. Herr Weise dürfe nicht allein das Monopol haben. — Stadtbaurat Genzmer zog auf Grund des Antrages Döhler die Vorlage zurück, so daß nunmehr die Verpachtung ausgeschrieben werden wird.

5. und 6. Bauliche Veränderungen im Grundstück Angerweg Nr. 5 vor der planmäßigen Fluchtlinie werden dem Magistratsantrag gemäß genehmigt. — Zur Einrichtung eines Kinderhortes werden 300 Mk. für das laufende Rechnungsjahr und vom 1. April 1902 ab 600 Mk. pro Jahr zu diesem Zwecke bewilligt.

7. Zur Beschaffung von Lehrmitteln für die Volksschulen in der Freiimfelder- und Huttenstraße werden 2000 Mk. bewilligt. Stadtv. Osterburg regt bei diesem Punkte an, der Ueberfüllung der Volksschulklassen entgegenzuwirken und Ermittelungen anzustellen, ob nicht durch Errichtung eines Mittelbaues zwischen den Schulen in der Brunnenstraße Abhilfe geschaffen werden könne. Einige Klassen in Giebichenstein sind mit über 70 Kindern belegt. Die Schulbänke daselbst sind so schlecht, daß die Kinder nicht einmal ordentlich darauf schreiben können. — Stadtschulrat Brendel entgegnet, daß es nicht möglich sei, durch einen solchen Mittelbau noch Schulklassen zu errichten. Der Mangel an Klassen sei vorhanden, aber mit über 70 Schülern sei keine Klasse belegt. (Zuruf: Na, das sind noch gerade genug!) Dem Mangel an Klassen werde aber im Jahre 1903 abgeholfen sein. Was dann geschehe, darüber könne man allerdings noch keine bestimmten Zusagen machen. Alle Wünsche, so berechtigt sie auch wären, könnten nicht erfüllt werden. Auf die Bemerkung des Stadtv. Brinkmann, daß an den schlechten Bänken in der betreff. Schule doch die Giebichensteiner Gemeinde schuld sei, entgegnet Stadtv. Krüger, daß es ganz egal sei, wer die Zustände verschuldet habe. Es sei dies kein Grund, hier solche Mißstände zu verschweigen.

8. Das Ergebnis der bisherigen kalorimetrischen Untersuchungen wird vom Stadtv. Fölsche mitgeteilt.

9. Die Wahl der Besitzer und Stellvertreter zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen wird nach den gemachten Vorschlägen des Stadtv. Schmidt vollzogen.

Nach § 24 der Stadtverordnung vom 30. Mai 1853 hat der Wahlvorstand für die Stadtverordneten-Wahlen in jedem Wahlbezirk aus einem vom Bürgermeister ernannten Vorsitzenden und aus zwei von der Stadtverordneten-Versammlung gewählten Beisitzern zu bestehen und ist für jeden Beisitzer ein Stellvertreter zu wählen.

Die Stadtverordneten-Wahlen finden in diesem Jahre an sechs Tagen statt, nämlich:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219011023-10/fragment/page=0005

für die 6 Bezirke der 3. Abteilung am 4., 5. und 6. November,
für die 2. Abteilung der Altstadt am 8. und 9. November,
für die 2. und 1. Abteilung des Wahlbezirks der Vororte am 8. November,
für die 1. Abteilung der Altstadt am 11. November.

Demgemäß wird die Stadtverordneten-Versammlung ersucht, sich der Wahl der nötigen Anzahl von Besitzern und Stellvertretern unterziehen und die Gewählten dem Magistrat namhaft machen zu wollen.

Wir beschränken uns darauf, die Besitzer und Stellvertreter der sechs Bezirke der 3. Abteilung mitzuteilen und geben zunächst die Namen der Besitzer und dann der Stellvertreter bekannt:

I. Bezirk: Aßmann, Uber, Lösch und Krüger,
II. „ Richter, Lindner, Döhler und Brinkmann.
III. „ Berghaus, Greßler, Pfaul und Schmidt,
IV. „ Nesse, Heiser, Kobert und Albrecht,
V. „ Hildebrandt, Billing, Grote und Stephan,
VI. „ Fischer, Lüderitz, Engelcke und Emmer.

10. Die Wiedereröffnung der alten Leipziger-Chaussee, die im Jahre 1863 eingezogen wurde und gegenwärtig nur als Feldweg benutzt wird, wurde beschlossen. Die Eröffnung wird im Verkehrsinteresse als notwendig bezeichnet und soll den Verkehr zwischen Halle und den südöstlich gelegenen benachbarten Landgemeinden erleichtern. Die gesamten Kosten sind auf 188 180 Mk. veranschlagt. Zu diesen Kosten tragen aber unter vereinbarten Bedingungen bei: der Eisenbahn-Fiskus 50 000 M., die Provinzial-Verwaltung 25 000 M. und der Kommunal-Verband 15 000 Mk.

Ein Initiativantrag, der von 6 Stadtverordneten unterzeichnet ist, ersucht den Magistrat, zu veranlassen, mit Direktor Richards vom Stadttheater wegen des Brennenlassens der großen Bogenlampen während des jetzigen Spielabschnittes zu unterhandeln. Der Antrag soll zur nächsten Sitzung auf die Tagesordnung gestellt werden.

Hierauf geschlossene Sitzung.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Eine große öffentliche Wählerversammlung für die Wähler sämtlicher sechs Bezirke findet nächsten Freitag, abends 8 Uhr, in Osborgs Bellevue statt. Der Zutritt steht jedermann frei. Der Reichstagsabgeordnete und Stadtverordnete für Berlin, Genosse **E. Wurm** wird über die Aufgaben der Sozialdemokratie in den Kommunalvertretungen sprechen. Dem Vortrage wird eine freie Diskussion folgen. Durch Annoncen und Plakate werden namentlich die Mitglieder und Anhänger der kommunalen Bezirksvereine mit geladen.

Unsere Parteigenossen haben die Pflicht, für starken Besuch der Versammlung zu agitieren. Genosse Wurm ist als ebenso tüchtiger Redner wie als erfahrener Kenner auf dem Gebiete der Kommunalhygieine bekannt.

Unsere Parteigenossen werden ersucht, uns die in den einzelnen Wahlbezirken von gegnerischer Seite zur Verausgabung gelangenden Zirkulare und Wahlflugblätter sofort zuzusenden.

Gutgeheißen wurde „einhellig" am Sonnabend vom Haus- und Grundbesitzerverein die von der 27er Kommission aufgestellte Kandidatenliste. Nur mit der Wiederaufstellung des Prof. Baumert waren die Herren nicht ganz einverstanden, doch sah man von einem Protest „im Interesse der Aufrechterhaltung der Einheitlichkeit der bürgerlichen Parteien" ab. Daß die Herren Hauspaschas mit der Liste der kommunalen Vereine einverstanden sein können, ist sehr begreiflich; denn besser können ihre Interessen beim besten Willen nicht gewahrt werden, als durch die Kandidaten der Kommunalvereine. Was aber Prof. Baumert verschuldet haben soll, daß er nicht volle Gnade vor den Augen der Hausbesitzer gefunden hat, ist unerfindlich, denn Herr Baumert gehört zu den Stadtverordneten, die beständiges Schweigen für den edelsten Teil der Thätigkeit eines Stadtverordneten halten.

Unternehmer und Wahlen. So wenig die Arbeiterklasse gewillt sein kann, sich bei Wahlen nach den Wünschen des Unternehmertums zu richten, so darf es doch als Beweis für den moralischen Bankrott der hiesigen Kommunalvereine angesehen werden, daß ihr Wirken nach und nach selbst in solchen Kreisen als verhängnisvoll beurteilt wird, die sich sonst mit Händen und Füßen gegen den Verdacht, oppositionelle Neigungen zu hegen, wehren würden. Wir teilten schon mit, daß ein hiesiger Unternehmer — und zwar keiner von der kleinen Sorte — die Niederlage der kommunalvereinlichen Kandidaten gewünscht habe. Dasselbe wird uns jetzt über einen anderen Unternehmer berichtet, dem als klugen Geschäftsmann namentlich die Finanzpolitik der Stadtverordneten verderblich erscheint, und welcher voraussieht, daß die städtischen Steuern um 30 Proz. und mehr erhöht werden müssen, wenn nicht endlich dem Vorgehen des Magistrats ein entschiedenes Veto zugerufen wird. „Es ist sehr traurig, daß unsereiner nur noch auf die Sozialdemokraten hoffen muß, daß sie der S—wirtschaft ein Ende machen!" Mit diesen Worten schloß der Betreffende. Wir können leider nicht hoffen, daß die liberale Bürgerschaft noch so viel Mut besitzt, das tyrannische Joch der kommunalen Vereine abzuschütteln, wiewohl es einfach lächerlich ist, sich vor einem Gespenst zu fürchten. Und nichts anderes, als ein wesenloses Gespenst ist es, wenn breite Schichten der Bürgerschaft sich vor dem wirtschaftlichen Einfluß der Kommunalvereine fürchten. Ein herzhafter Griff, und das Gespenst verschwindet, höchstens unter Zurücklassung eines üblen Geruches. Wir können also leider nicht hoffen, daß die Mehrheit des selbständigen Kleinbürgertums schon diesmal reinen Tisch macht; aber als Zersetzungserscheinung sind die oben angegebenen Auslassungen nicht ohne Wert.

Doppelte Buchführung der Bürgervereinler. Im vierten Bezirk wurden in der letzten Versammlung des Kommunalvereins Beschwerden darüber laut, daß die Uniformstücke der städtischen Beamten und Polizisten auswärts verfertigt würden. Wenn auch die hiesigen Schneidermeister pro Rock einige Groschen teurer seien, so solle doch der Magistrat hiesige Gewerbetreibende in erster Linie berücksichtigen. — Wir haben nichts gegen Erfüllung des Wunsches einzuwenden, wenn hiesige Meister bei etwa gleichem Preise die gleiche Arbeit leisten. Die Herren mögen nur aus dem Verhalten des Magistrats ersehen, was es mit dessen oft gehörter Versicherung, er wolle das heimische Handwerk nach Kräften fördern, auf sich hat, und sie mögen Mannes genug sein, bei den Wahlen die Konsequenzen daraus zu ziehen. Waren doch auch, als im Frühsommer dieses Jahres die Handwerksmeister eine Versammlung einberufen hatten, um über die Eingabe an den Magistrat wegen Aenderung des Submissionsverfahrens Beschluß zu fassen, nur drei sozialdemokratische Stadtverordnete als Gäste erschienen, während von den geeichten Mittelstandsrettern der Kommunalvereine niemand erschienen war. Und noch eine zweite Lehre müssen die Herren Handwerksmeister aus ihrer Beschwerde über die Vergebung städtischer Uniformlieferungen nach außen ziehen. Gerade einer der Herren, die sich stark darüber erregten, soll während des Maurerstreiks stramm für Heranziehung von ausländischen Arbeitskräften eingetreten sein. Nun wohl! Für die hiesigen Maurer war die ihnen durch Italiener und Tschechen gemachte unlautere Konkurrenz noch viel verhängnisvoller, als es für die Schneidermeister ist, wenn jährlich ein Schock Uniformröcke auswärts angefertigt werden. — Was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Von den italienischen Maurern werden sich nur spottwenige hier mit neuer Garderobe versehen haben. Von den zum Streik gezwungenen Maurern hätten das gewiß mehrere Hunderte gethan, wenn sie Beschäftigung gehabt hätten. Die Handwerksmeister fördern ihren eignen Vorteil am sichersten, wenn sie sich auf Seite der Arbeiter stellen, von denen sie ja doch zumeist leben müssen.

Den Wählern des 5. Bezirkes (Neumarktviertel) ist heute eine zweite Wahlkarte zugegangen, in der ihnen mitgeteilt wird, daß noch ein zweiter Stadtverordneter an Stelle des Herrn Herz in diesem Bezirke zu wählen ist.

Wie man bürgervereinlicher Kandidat wird. Als der Kommunalverein für Halle-Nord den Kandidaten der zweiten Klasse aufstellen wollte, wurde zunächst gefragt, ob jemand sich freiwillig zur Uebernahme des Amtes melde. Diesem Rufe: „Freiwillige vor!" folgte, wie uns berichtet wird, der Direktor der Gestügelzuchtanstalt Herr Beek. Er trat vor und hielt eine kurze Ansprache, in welcher er seine Befähigung zur Uebernahme eines Mandats damit begründete, daß er erstens sich schon seit langem für die kommunalen Angelegenheiten interessiere und daß er zweitens einer alten Stadtratsfamilie entstamme. Das genügte; namentlich der zweite Grund mochte durchschlagend sein; und so war ohne lange Debatte Herr Beek ein Kandidat geworden. — Dieses vereinfachte Verfahren ist echt kommunalvereinlich. Niemand wird gefragt, welchem Programm er folgen wolle, oder wenigstens, welche Stellung er zu den einzelnen wichtigen Fragen einnehme, wie er über das Anleihewesen der Stadt denke, über die Veräußerung an Kommunalland, über die Erhöhung der Magistrats-Gehälter usw. usw. — er sagt einfach: „Ich stamme von einer alten Stadtratsfamilie ab" — und fertig ist die Laube.

Für eine Stadt mit 160 000 Einwohnern ist dieses Maß an Krähwinkelei wirklich etwas reichlich. Aber so haben es die Kommunalvereine schon immer gemacht. Und es ist kein Wunder, daß die städtische Verwaltung bei solchen „Grundsätzen" immer mehr vom Hund auf den Schwanz kommt.

Lokales und Provinzielles.

Halle, 22. Oktober.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung

bot gegenüber der vorigen ein völlig verändertes Bild. Die Zuschauertribüne war entvölkert und im Saale herrschte nicht die geringste Kampfesluft. Eine nennenswerte Debatte entstand bei keinem der zehn zur Beratung stehenden Punkte, nur bei der Beschaffung von Lehrmitteln für die Volksschulen in der Hutten- und Freiimfelderstraße nahm Genosse Osterburg die Gelegenheit wahr, um auf die Ueberfüllung der Volksschulklassen in H.-Giebichenstein hinzuweisen. Herr Stadtschulrat Brendel versprach Abhilfe, aber erst für — 1903. Die Eltern der Mittelschüler würden sich schön bedanken, wenn ihre Kinder so eingepfercht würden, daß sie in der Zahl von 70 in einer Klasse säßen; aber so sind es ja nur Arbeiterkinder. Alle Wünsche können nicht erfüllt werden, sagte der Herr Stadtschulrat; mag sein, wir wären zufrieden mit den erfüllbaren. — Bei der Wahl der Besitzer und Stellvertreter zu den Stadtverordnetenwahlen wählte man drei von den fünf sozialdemokratischen Stadtverordneten. — Die nächste Sitzung wird jedenfalls wieder die Gehaltsfrage ausfüllen und die Tribüne wird übervölkert sein.

Die Arbeitsnachweise

in Halle sollen zentralisiert werden. Davon ist nun zwar den hier bestehenden Arbeitsnachweisen der Gewerkschaften nichts bekannt, das ist aber auch nicht notwendig. Zu dem an der Spitze der Sozialreform stehenden Staate macht man derartige Dinge regelmäßig ohne die Beteiligten, vor allem wenn diese Arbeiter sind. Also die Versammlung hat hier stattgefunden und nur das Organ der Handwerkskammer ist im stande, darüber zu berichten. Sonst hat kein Mensch ein Sterbenswörtchen gewußt. Ueber die Zusammensetzung und das Ergebnis der Konferenz lesen wir: „Ueber Zentralisation der gewerblichen Arbeitsnachweise in Halle beriet auf Anregung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe bezw. des Herrn Regierungspräsidenten eine Versammlung von Vertretern in Halle bestehender Arbeitsnachweise. Es waren erschienen neben einem Stadtrat als Vertreter des Magistrats, die Ober- und Sprechmeister der hiesigen Innungen, die Leiter des städtischen Arbeitsnachweises und derjenige des Vereins für Volkswohl. Seitens des Magistrats war zur Frage gestellt: Empfiehlt es sich, sämtliche in Halle bestehenden gewerblichen Arbeitsnachweise zu vereinen, insbesondere in der Hand des Magistrats. Die erschienenen Handwerksvertreter verneinten die Frage sämtlich. Auf dieser Seite war man der Ansicht, daß die Arbeitsnachweise der Innungen ihrer Aufgabe bisher ausreichend gerecht geworden wären. Müsse dabei die Bedürfnisfrage für Halle allein verneint werden, so sei allerdings ein Ausgleich der Arbeitsangebote zwischen den verschiedenen Städten 2c. zu erstreben. Ein solcher müsse für das Handwerk getrennt von einem Nachweis für ungelernte Arbeiter errichtet werden. Der Vorsitzende der Handwerkskammer, welcher der Besprechung beiwohnte, teilte mit, daß die Herbeiführung eines solchen Ausgleiches auf Grundlage der Innungsnachweise von der Handwerkskammer ins Auge gefaßt sei. Die anwesenden Handwerker stimmten dem zu, daß die Kammer hierzu die geeignetste Stelle sei."

Der Verein für Volkswohl und die hiesigen Innungen sind also die kompetenten Beurteiler für die Notwendigkeit der Zentralisation der Arbeitsnachweise. Hätte der Herr Regierungspräsident die hiesigen Gewerkschaftsorganisationen eingeladen, dann würden ihm diese allerdings gesagt haben, daß die Innungen und das Volkswohl bei der Erörterung dieser Frage überhaupt nicht in Betracht kommen. Die Innungsnachweise bestehen nur noch auf dem Papier, und der Arbeitsnachweis des Volkswohl ist für ländliche Arbeiter und Arbeiterinnen, niemals aber für die Industriearbeiter von Bedeutung. Die wenigen „Erfolge" auf diesem Gebiete sind von uns schon des öfteren der Oeffentlichkeit unterbreitet worden. Wenn demnach auf der Konferenz die Notwendigkeit der Zentralisation verneint wurde, so war nach der Zusammensetzung derselben ein anderes Resultat kaum zu erwarten, es hat aber für die Beteiligten nicht die geringste rechtsverbindliche Kraft. Denn schließlich werden es auch die hiesigen Großindustriellen ablehnen, sich um eine Handvoll Innungsschwärmer zu scharen, um Leute, die mitunter arg in Verlegenheit kämen, wenn ihnen Arbeitskräfte zugewiesen würden, falls diese nicht die Arbeit mitzubringen im stande sind. Die organisierten Arbeiter jedoch zielen zwar auf einen zentralisierten Arbeitsnachweis hin, aber nur dann, wenn ihnen in der Verwaltung desselben die Gleichberechtigung eingeräumt wird. Das Ergebnis der Konferenz war also ein völlig negatives und hat keinesfalls die Kosten gelohnt, die dafür ausgegeben wurden.

* **In der gestrigen geschlossenen Stadtverordneten-Sitzung** wurde die Gewährung eines Geschenkes im Betrage von 250 M. an den Magistrats-Assistenten Schieferdecker für langjährige Dienste beschlossen. Ferner wurden für drei Armenbezirke je ein Armenpfleger ernannt. Des weiteren nahm die Versammlung Kenntnis von den Personal-Akten des neu anzustellenden Polizeisergeanten Bansemer. Zum Schluß wurde noch die Annahme eines Legats eines Herrn Naumann in Höhe von 900 Mark zur Pflege von zwei Gräbern angenommen.

* **Eine recht rohe That** beging gestern nachmittag der bei den Regulierungsarbeiten auf dem Wettinerplatz beschäftigte ca. 23jährige Erdarbeiter Lamprecht, Zwingerstraße wohnend, indem derselbe den schon bejahrten Maurer Friedrich Arndt-Giebichenstein wegen ganz geringfügiger Veranlassung — A. hatte L. Vorwürfe gemacht, weil letzterer einen Knaben wegen Ungehörigkeiten mit Prügel traktiert hatte — derartig mit Schlägen bearbeitete, daß Arndt zu Boden fiel und längere Zeit besinnungslos liegen blieb. Von mehreren inzwischen hinzugekommenen Polizeibeamten wurden die Personalien des rohen Patrons festgestellt und der so arg Gemißhandelte vom Orte der That fortgeführt.

* **Der konsequente Eisenbahnminister.** Der Städtetag für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt hatte sich, wie seiner Zeit mitgeteilt, ebenfalls mit einer Eingabe an den Eisenbahnminister gewandt um Beibehaltung der bisherigen Fahrtvergünstigungen im Verkehre mit dem Harze und Thüringer Walde. Herr Thielen hat geantwortet. Es hieße eigentlich Eulen nach Athen tragen, noch hinzuzufügen, was er eigentlich geantwortet hat. Herr von Thielen bleibt sich konsequent. Wie allen Interpellanten, so ließ er auch dem Städtetag einen ablehnenden Bescheid zukommen. Er hat dabei auf die der Handelskammer zu Halberstadt eröffneten Gründe hingewiesen, aus denen es nicht angängig sei, von der für das gesamte Gebiet der preußisch-hessischen Eisenbahn-Gemeinschaft angeordneten gleichmäßigen Vereinfachung des Fahrkarten-Systems und der Preisbildung zu gunsten eines einzelnen Verkehrsgebietes abzuweichen.

* **Abnehmende Bevölkerung in einigen Kreisen der Provinz Sachsen.** Der preußische Staat zählt zur Zeit zusammen 565 Kreise, und zwar verteilen sich diese auf 76 Stadtkreise und 489 Landkreise. Die Provinz Sachsen ist in diesen Zahlen mit 46 Kreisen enthalten, darunter sind sieben Stadt- und 39 Landkreise. Von den 76 preußischen Stadtkreisen zeigte bei der letzten Volkszählung nur ein einziger gegen früher eine Abnahme, nämlich Krefeld (— 0,30 Proz.) Wesentlich anders liegt das Verhältnis in den 489 Landkreisen, von denen nur 367 eine Zu-, 122 aber eine Abnahme aufwiesen. Von diesen 122 in der Bevölkerungsziffer zurückgegangenen Kreisen entfallen, wie die Magdeb. Ztg. mitteilt, 98 auf die älteren östlichen Provinzen und nur 24 auf die übrigen Teile des Staates. Unter den 98 sind sieben aus der Provinz Sachsen enthalten, nämlich Osterburg und Landkreis Halberstadt im Regierungsbezirk Magdeburg, Schweinitz, Eckartsberga und Querfurt im Regierungsbezirk Merseburg, sowie Worbis und Heiligenstadt im Regierungsbezirk Erfurt. Nach der Höhe der prozentualen Abnahmezahl schließen sich die sieben zurückgegangenen Kreise unserer Provinz wie folgt aneinander an: Landkreis Halberstadt (— 0,04 Proz.), Heiligenstadt (— 0,34 Proz.), Schweinitz (— 1,18 Proz.), Querfurt (— 1,89 Proz.), Worbis (— 2,92 Proz.), Osterburg (— 3,25 Proz.) und schließlich Eckartsberga (— 3,42 Proz.). Nach den letzten vier Volkszählungen hatten von diesen sieben Kreisen Abnahmen zu verzeichnen Landkreis Halberstadt und Kreis Querfurt je einmal, Kreise Eckartsberga und Worbis je zweimal, Kreise Osterburg, Schweinitz und Heiligenstadt je dreimal. Die höchste Abnahme hatte in den betreffenden 20 Jahren der Kreis Schweinitz aufzuweisen, nämlich 5,18 Proz. Dieser Kreis zählt sechs kleine Städte, 109 Dörfer und 33 Gutsbezirke und bietet also einen fast rein ländlichen Charakter.

L. **Wegen einfachen Bankerotts** ist am 24. Juni vom hiesigen Landgericht der Kaufmann Gustav Hildebrandt zu Strafe verurteilt worden. Das Gericht hat ihm keine mildernden Umstände bewilligt, da er seine Gläubiger erheblich geschädigt hat. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil nicht ausreichend geprüft sei, ob der Angeklagte nach dem neuen Handelsgesetzbuch als buchführungspflichtiger Kaufmann anzusehen ist.

L. **Abänderung der Strafe durch das Reichsgericht.** Vom hiesigen Landgericht ist am 15. Juli die verehelichte Wilhelmine Fritsche geb. Fischer wegen versuchter Erpressung zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil auf und verurteilte die Angeklagte zu einer achtägigen Gefängnisstrafe, da die Mindeststrafe acht Tage nicht aber eine Woche ist.

* **Erhebliche Kopfwunden** wurden dem Schmied Otto Teller dadurch zugefügt, daß ihm von der Steinbrücke aus mehrere Schulkinaben einen ca. 20 Pfd. schweren Stein auf den Kopf warfen. Teller mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

* **Gefunden** wurden in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober cr. nachstehende Gegenstände: 1 Paket mit 1 Kinderkleidchen, 1 Hemd, 3 Schürzen, 1 goldener Trauring, 1 schwarzer Regenschirm, Sohlleder und Abfälle, 1 Fleischermulde, 1 Säge, 2 Decken, 1 Stahlklemmer, 1 Kaffeebrenner, 1 Hornklemmer, 1 graues Kinderjackett und 1 Strohhut, 1 silbernes Gelenkarmband, 1 schwarzer Federboa, 1 Zigarrentasche, 1 Zylinderuhr, 1 Sack Häckiel, 1 gelblich gestreifter Frauen-Unterrock, Portemonnaies mit Inhalt. — Verloren wurden 1 goldene Damenuhr mit kurzer Kette und Anhängsel, 1 kleine schwarzbronzene Damenuhr ohne Kette, Legitimationspapiere der Missionarin Rünnebeck, 1 Diamantbrosche. Bezügliche Auskunft wird während der Dienststunden im Polizei-Sekretariat, Rathausstr. 19, Zimmer Nr. 56, erteilt.

* **Stadttheater.** Für die Festvorstellung zur Lortzingfeier gilt das Farben-Abonnement weiß (33. Vorstellung). — Am Donnerstag wird das Schauspiel „Die rote Robe" von E. Brieux wiederholt.

* **Welt-Panorama,** Große Ulrichstraße 6, I. Eine der brillantesten Bilderserien führt uns das Panorama in dieser Woche vor: Ansichten vom Vierwaldstätter-See und dessen reizvoller Umgebung, unter denen prächtige Aufnahmen von Luzern mit dem Pilatus, eine Rigibahnfahrt durch hochinteressante Bergpartien, wundervollste Landschaftsbilder von Brunnen, Brunnerthal, Muotta usw., ferner die hoch an den Seeuferfelsen künstlich angelegte, in diese Felsen zum Teil hineingebrochene Axe-Straße hervorragen. Besonders interessant sind auch die Fernsichten auf einzelne schöne Gebirgs-Szenerien. Die Rheinfälle bei Schaffhausen und Laufen zeugen durch ihre effektreiche Wirkung auf den Beschauer von dem Sinn der Herren Kiß für Natur-Schönheiten und Eigenheiten. — Nächste Woche: Die Pyrenäen.

* **Gestorben** sind im Laufe der vergangenen Woche in Halle-Süd 43 Personen, und zwar an: Lungenentzündung 1, Schädelbruch 1, Darmkrebs 1, Darmkatarrh 4, Brechdurchfall 1, Selbstmord 1, Geschwulst 1, Schwindsucht 4, Scharlach 6, Hirnhautentzündung 1, Schwäche 8, Krämpfen 1, Herzschlag 1, Herzklappenfehler 1, Magenkrebs 2, Nierenkrebs 1, Gehirnschlag 1, Herzmuskelerkrankung 1, Gallengangverschluß 1, Darmtuberkulose 1, Bronchialasthma 1, Gebärmutterkrebs 1, dazu 8 Totgeburten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190110 23-10/fragment/page=0006

— Darunter befinden sich 7 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

In Halle-Nord verstarben in derselben Zeit 15 Personen, und zwar an: Scharlach 1, Herzschlag 1, Gehirngeschwulst 1, Lebercirrhose 2, chron. Blutvereiterung 1, Krämpfen 1, Brechdurchfall 2, Herzlähmung 1, Lungentuberkulose 1, Lungenentzündung nach Schlaganfall 1, Rippenfellentzündung 1, Magendarmkatarrh 1, Spor 1. — Darunter befinden sich 2 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

h. **Weißenfels.** Lohnreduktion. In der hiesigen Kiesgrube der Magdeburger Mörtelwerke hat am Freitag eine Lohnreduktion stattgefunden. Die Arbeiter haben es vorgezogen, den Arbeitsplatz zu verlassen, um anderweit Beschäftigung zu suchen. Wir hoffen, daß es den Arbeitern gelingen wird, in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit auch solche zu finden, andernfalls sie Betrachtungen darüber anstellen können, wie in der göttlichsten der Gesellschaftsordnung mit ihrem Ueberfluß die Arbeiter an das Hungertuch gebracht werden.

Von den betreffenden Arbeitern wurde weiter noch erklärt, daß ein aufsichtführender Herr Zetsche mit einem Schießprügel in der Tasche auf dem Arbeitsplatz spazieren geht. Betreffender Herr wird doch nicht willens sein, einmal eine Schießübung auf Menschen veranstalten zu wollen?

w. **Naumburg.** Frechheit und Unbotmäßigkeit bekam recht übel einem Einwohner und Nachbar, der militärisch völlig nackig war, d. h. nicht einen einzigen blanken Knopf am Leibe hatte. Sonntags, es war früh nachmittags, kneipte ein Herr Unteroffizier in der „Friedensseiche". Es soll einer der siegreichen Chinafstreiter gewesen sein, die den heiligen Wirrenkrieg, die Beruhigungs-Kreuzfahrt nach den östlichen Plätzen an der Sonne mitgemacht haben. Stimmt das, dann hätte der Tapfere ja die schönste Gelegenheit dazu gehabt, im Lande der schlitzäugigen Mongolen an krummen gelben Hunden seinen Idealismus zu wahren und zu stärken. Schon die Autorität Moltke bezeugte ja, daß ohne Krieg die Welt in Materialismus und moralische Fäulnis versinken müßte! Auch die wahrhaft anheimelnde Kneipfirma „Friedensseiche" läßt alle guten Seelenkenner mindestens ahnen, von wie gemütvollen und friedlichen Gesinnungen unser Herr Unteroffizier durchglüht gewesen sein dürfte. Es kann aber der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Und als ein solcher scheint sich denn doch, nach einigen Bieren, ein gemeiner Zivilist erwiesen zu haben, der sich lästig machte. Er mischte sich ein in die Folgen einer erregten Chinadiskussion, die zwischen einem Kameraden und unserem Herrn Unteroffizier in Gang gekommen war. Des Nörglers Benehmen scheint rauhbeinig, wenn nicht sogar etwas boorhaft gewesen zu sein. Darf aber kein Mongole einen Deutschen auch nur scheel ansehen, so gilt das zweifellos auch vom Zivilisten daheim gegenüber den Angehörigen des vornehmsten Standes der in Uniform anderen Vorgezogenen. Kurz und gut: der trinkbare Herr Unteroffizier fühlte sich veranlaßt, die Frechheit und Unbotmäßigkeit des angeheiterten Zivilfexis einigermaßen alexandrinerzüchtig zu ahnden. Der Freche und Unbotmäßige wurde mit dem Seitengewehr zu Paaren zu treiben und nach heißem Strauß auf die Wache zu geleiten gesucht. Ob dies dem Unterschreiteträger des Königs vollkommen gelang und ob ein Kotau vom Zivilmenschen völlig erzwungen wurde oder nicht, das wollen wir hier rücksichtsvoll und maßvoll dahingestellt sein lassen. Aber die militärische Züchtigung war dem gemeinen Zivilisten jedenfalls ganz gesund und ersprießlich.

Welch thörichte Verblendung übrigens von dem Manne, mit seinem angeblichen Mißgeschick gleich den königlichen Herrn Staatsanwalt behelligen zu wollen! Der Bildungsgrad und der altpreußisch-offensive Schneid unseres herrlichen Unteroffizierkorps werden eben von der gemeinen Zivilkanaille vielfach noch weit unterschätzt. Wahrscheinlich hatte der Herr Unteroffizier seiner Zeit auch das Urteil des königlich preußischen Hofpredigers a. D. Stöcker über den Fall Brüsewitz und über Ehrennotwehr des Königs mit Nutzen gelesen. Das Zivil ist kein Umgang für Tressenträger. Der vornehmste Umgang des vornehmsten Standes, des Soldaten, ist überhaupt nicht das Zivil, sondern das Militär. Höchstens kämen hierbei noch die ganz sicheren Mannen des Herrn Generals von Spitz Exzellenz in Betracht. Die Veteranen keinenfalls, weil ja über diese die Autorität von Spitz Exzellenz einmal — recht ungehalten waren. Seit auch schon die Armee des Kaisers im Bürgerrock (Wort des Herrn Majors Dr. Westphal) sozialdemokratische Heuchler und Betrüger (Wort des Herrn Generals von Spitz Exzellenz) in ihren Reihen beherbergte, unter solchen Umständen, sagen wir, muß man sich besser noch zu der Forderung emporschwingen: jedem Soldaten müßte überhaupt jede Gelegenheit entzogen werden, sich mit dem gemeinen Zivilvolke sozusagen gemein zu machen. Wir nehmen hier natürlich die weiblichen Personen aus. In ihnen kann und soll sich auch fernerhin im Staatsinteresse die Wahrheit des militärischen Kernliedes eindringlichst bewähren: „Ja treu ist die Soldatenliebe, ja Liebe, ja Liebe!" Sollte es dann irgend ein Zivilsubjekt noch riskieren, ein Mitglied unseres herrlichen Kriegsheeres auch nur scheel anzusehen, dann wäre solche Unbotmäßigkeit und Frechheit sofort in Ehrennotwehr mit der Waffe zurückzuweisen.

Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre!

Trosa. Zum Kapitel Dienstbotenelend. Die bürgerlichen Blätter melden: „Am Donnerstag abend gegen 10 Uhr versuchte die beim Gutsbesitzer B. bedienstete Dienstmagd Fr. ihrem Leben durch Ertränken im Dorfteiche ein Ende zu machen. Sie wurde jedoch auf ihr Hilferufen von einigen Männern herausgeholt und auf Anordnung des Ortsschulzen bei einer Familie untergebracht. Als Grund zur That giebt sie an, vom Sohne ihrer Herrschaft, bei welcher sie schon mehrere Jahre dient, geschlagen und infolgedessen aus ihrem Dienste entlassen zu sein. Ob sich die Sache so verhält, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben." — Vielleicht auch, so möchten wir hinzufügen, warum der Sohn die Magd geschlagen hat. Jedenfalls verbirgt sich dahinter mehr als eine gewöhnliche Differenz zwischen Herrschaft und Gesinde.

Nordhausen. Zur Aussperrung der Tabakarbeiter ist folgendes zu berichten: Die Kommissionen haben auf den Beschluß einer Versammlung nochmals eine Einigung mit den 8 Fabrikanten angebahnt. Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes: Die Fabrikanten lehnten es ab, die gerechten Forderungen der Arbeiter anzuerkennen. Ueber die Einstellung der Ausständigen ließ sich ebenfalls keine Einigung herbeiführen. Der Herr Hanemacker und der Herr Kneiff wollen allerdings so gnädig sein, eine Handvoll einzustellen, d. h. wenn sich diese paar Mann bedingungslos unterwerfen. Erfreulicherweise ist jedoch die Taktik der Fabrikanten zu klar, als daß sie nicht von den Ausständigen erkannt wäre. Man will einen kleinen Trupp aus der Reihe herausreißen, um so sich in der Notlage behelfen und die paar Kunden befriedigen zu können. Im weiteren erund die paar Kunden befriedigen zu können. Im weiteren erklärte man, daß gewisse Paragraphen bereit liegen, welche die eintretenden Arbeiter aufs neue knebeln sollen. Ferner wurde festgestellt, daß die Fabrikanten bei Hunderten von Arbeitern teils brieflich, teils durch Personen, anfragen ließen, resp. dieselben zu veranlassen suchten, die Arbeit aufzunehmen. Jedem einzelnen sucht man vorzureden, daß sein noch freistehender Platz in der Fabrik der letzte sei und er sich sofort in die Fabrik zu begeben habe. Auf alle diese Manöver, sowie im Hinblick darauf, daß die Fabrikanten die notwendigsten Zugeständnisse nicht machen und den Arbeitern die bedingungslose Aufnahme der Arbeit die Fabriken den Zuchthausbetrieben gleich machen würde, beschlossen die Ausständigen einstimmig, den Kampf so lange weiterzuführen, bis die Koalitionsfreiheit voll und ganz gewährt wird und die 8 Fabrikanten einen ehrlichen Frieden wollen.

Delitzsch. Unser Kreis nach der letzten Volkszählung. Nach der offiziellen Angabe des statistischen Bureaus hat derselbe am 1. Dezember 1900 in 8706 Wohnstätten mit 15685 Haushaltungen und 100 Anstalten 60485 Einwohner gehabt. Hiervon entfallen auf die Städte 27472 und zwar auf Eilenburg 15145, Delitzsch 10479, Landsberg 1848, und auf das platte Land 42013 Seelen. Das weibliche Geschlecht ist durchweg zahlreicher vertreten als das männliche, denn der ganze Kreis zählt 35916 weibliche und 33569 männliche Personen, welche sich wie folgt verteilen: Eilenburg 7693 weibliche und 7452 männliche, Delitzsch 5471 weibliche und 5008 männliche, Landsberg 942 weib- und 906 männliche und plattes Land 21810 weibliche und 20203 männliche Einwohner. Dem Religionsbekenntnis nach gehören 67750 zur evangelischen, 1583 zur katholischen, 96 verteilen sich auf andere christliche Kirchen, 45 sind Juden und 11 Dissidenten. Die 45 Juden wohnen sämtlich in den Städten, nämlich in Eilenburg 13 und in Delitzsch 32, von den Katholischen wohnen 752 in den Städten und 831 auf dem Lande, und die evangelischen Christen verteilen sich mit 26581 auf die Städte und 41169 auf das Land.

Deuben. Immer neue Fälle von Typhuserkrankungen sind hier zu verzeichnen. Die Zahl war bis zum Sonntag auf 60 gestiegen. Eine Besserung ist vorläufig nicht zu bemerken, wohl liegen aber einige Rückfälle vor. Die tückische Krankheit soll eine Folge der schlechten Wasserverhältnisse sein. Das Trinkwasser wird gegenwärtig einer eingehenden Untersuchung unterworfen.

Düben a. d. Mulde. Die Kinderwagen- und Korbmöbelfabrik Krellig u. Ko. schreibt uns unter Bezugnahme auf die sie betreffende Notiz: „Lohnabzüge haben bei uns überhaupt nicht stattgefunden und haben wir, so lange wir Reisekörbe fertigen, stets die höchsten Löhne am Platze bezahlt. Material zu Körben ist immer in sehr gutem Zustande dagewesen. Ob wir nun Stöcke verwenden oder Weiden, hat auf den Verdienst des Arbeiters keine Einbuße. Das Eingesandt, welches wahrscheinlich von den Arbeitern herrührt, welche früher bei uns arbeiteten, arbeiten am Platze billiger, als unsere Leute. Wenn die in der Kinderwagenbranche beschäftigten Arbeiter Ueberstunden gemacht haben, so haben sie dieses ungezwungen gethan und sind selbstverständlich auch dafür bezahlt worden. Was auch diese Löhne anlangt, zahlen wir mehr als jede andere Konkurrenz. Betreffs der Einführung des Markensystems ist die Bestimmung den Arbeitern verlesen worden und sind keine Einwendungen gemacht worden. Ein Arbeiter hat deswegen, weil er sich nicht der Bestimmung fügen wollte, die Arbeit niedergelegt, und ein anderer ist nicht wegen Zuspätekommens entlassen worden, sondern dieser befand sich schon seit länger in Kündigung und haben wir denselben nur auf besten Bitten noch so lange beschäftigt, bis er andere Arbeit finden würde und denselben dann wegen Lässigkeit entlassen. Mit Bezug auf die als nicht rosig geschilderten Verhältnisse ist wohl jeder unserer Arbeiter in der Lage, uns konstatieren zu können, daß wohl in seiner Hinsicht etwas zu wünschen übrig bleibt." Nun hat unser Gewährsmann das Wort.

Erfurt. Zwei Kinder von der Straßenbahn totgefahren. Zwei Mädchen, im Alter von drei und vier Jahren liefen die hinter der Andreaskirche beginnende Böschung hinab, als der elektrische Wagen sich wieder in Bewegung setzte. Der Führer vermochte den Wagen nicht zum Stehen zu bringen und beide Kinder gerieten unter den Wagen und wurden tödlich verletzt. Dem einen war der Kopf zerquetscht, dem anderen die Beine zerschmettert und der Leib aufgerissen. Ein Kind starb auf der Stelle, während das zweite mit dem Tode kämpfend von der inzwischen herbeigeeilten Mutter nach Hause getragen wurde und dort den Geist aufgab.

Magdeburg. Der erste Kongreß des Verbandes der Masseure, Masseusen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, der am 13. und 14. Oktober hier tagte, beschloß zunächst, seinen Namen in „Verband des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals Deutschlands" umzuändern. Der monatliche Beitrag wurde von 50 Pf. auf 80 Pf. erhöht. Ferner soll ein eignes Fachorgan, welches vorläufig monatlich erscheint, herausgegeben werden. Gegründet wurde eine Reise-Unterstützungs- sowie eine Sterbekasse. Anträge auf Einführung des Befähigungsnachweises und eines Verbandsabzeichens wurden mit großer Majorität abgelehnt. Der zweite Kongreß findet 1903 in Berlin statt. Sitz des Verbandes ist Hamburg, der des Ausschusses Berlin.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

Bei einer Schnitzeljagd des Offizierkorps in Halberstadt erhielt der Prinz Sayn-Wittgenstein von einem Pferde einen Hufschlag an den Kopf und wurde schwer verletzt; der Oberkiefer ist gebrochen. — In Pansfelde ertrank das 4jährige Söhnchen des Kaufmanns B. — Durch eine sogen. Wetterthür wurde dem Häuser Hebecker zu Oberwiederstedt eine Quetschung und ein Unterschenkelbruch zugefügt.

Soziales.

— **Internationale Unterstützungskasse für Arbeitslose.** Der Frankf. Ztg. wurde am Sonnabend aus Brüssel depeschiert: Heute konferierte der Brüsseler Bürgermeister Demot mit den Bürgermeistern der Vororte über die Begründung einer internationalen Kasse zur Unterstützung der Arbeitslosen. Bisher wurde nur über das Prinzip selbst eine Einigung erzielt.

— **Ein Bild aus dem Ordnungsstaate.** In Schwarza ist die Familie des Arbeiters Todt, bestehend aus Mann, Frau und 4 Kindern, seit **7 Wochen** obdachlos und kampiert im Freien. Das jüngste im „Feldlager" befindliche Kind zählt ein Jahr. Die Familie wurde Ende August exmittiert und findet nirgends Unterkommen. Von Gerichts wegen wurden die Obdachlosen als nicht unterstützungsbedürftig anerkannt, trotzdem macht die Polizei der Sache kein Ende. Der Zustand der Familie ist jämmerlich; die Betten, von Regen oder Tau allnächtlich durchtränkt, werden tagsüber zum Trocknen aufgehängt, die Möbel fangen bereits an zu faulen u. s. w.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Zu 20 Mark Geldstrafe** wurde der verantwortliche Redakteur der Schwäbischen Tagwacht, Genosse Hertlein, verurteilt, weil er in einer Notiz seines Blattes einen Schultheißen beleidigt haben soll.

Parteinachrichten.

— **Mit dem „Arbeiter-Kandidaten" Genossen Meis** beschäftigte sich kürzlich eine Parteiversammlung in Bochum. Meis gab Erklärungen ab, aus denen zu entnehmen ist, daß er mit seinem Briefe nur im Sinne der Bochumer Vertrauensleute zu handeln glaubte, und daß er die abgelehnte Rede doch noch gehalten hätte, wenn man darauf bestanden hätte.

Gegen eine starke Minorität wurde dann folgende Resolution angenommen:

„Die heute am 13. Oktober tagende öffentliche Parteiversammlung ersieht in dem fraglichen Brief des Genossen Meis einen taktischen, jedoch keinen prinzipiellen Fehler und spricht diesem, nachdem er den Inhalt des Briefes widerruft, die volle Sympathie aus. Die Versammlung erklärt, daß sie nach wie vor Meis für einen ehrlichen und aufrichtigen Genossen hält, dem sie das volle Vertrauen schenkt."

Mit großer Mehrheit wurde aber auch noch eine Resolution angenommen, worin die Versammlung jede stimmenfängerische Wahlagitation in dem Sinne, wie der Brief des Genossen Meis das erkennen läßt, weit von sich weist und worin außerdem erklärt wird, daß Meis sich ganz zu Unrecht auf die Meinung der Vertrauensleute berufe in der Rücksichtnahme auf die indifferenten Arbeiter.

— **Der Redakteur der schweizer Sozialdemokraten, Karl Buerkli,** der mit Viktor Considerant einst Kolonist in Texas und 1893 Präsident des internationalen Arbeiterkongresses in Zürich war, ist im 79. Lebensjahre verstorben.

— **Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Lütgenau** war wegen Betrugs zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Lütgenau legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Darauf hob am Freitag das Landgericht in Dortmund die Verurteilung wegen Betruges auf, verurteilte Lütgenau aber wieder zu zwei Wochen Gefängnis, jedoch nicht wegen Betruges, sondern wegen Unterschlagung.

Gewerkschaftliches.

Das Vereinsgesetz gegen das Koalitionsrecht anzuwenden, hat wieder eine Polizeibehörde versucht. Die Filiale M.-Gladbach des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes sollte nach Annahme der Polizei ein politischer Verein sein, und der Filialvorstand sollte sich strafbar gemacht haben, weil er dem Verlangen der Behörde, die weiblichen Mitglieder auszuschließen, nicht nachgekommen ist. Die Richter folgten jedoch der polizeilichen Auslegungskunst nicht. Sowohl das Schöffengericht in M.-Gladbach, wie die Strafkammer in Düsseldorf sprachen den des Vergehens gegen das Vereinsgesetz angeklagten Vorstand frei.

Solche Gerichtsurteile sind schon öfter gefällt worden. Das schützt aber die Gewerkschaften nicht vor erneuter mißverständlicher Anwendung des Vereinsgesetzes seitens der Behörden.

Ausland.

Frankreich. Der drohende Generalstreik der Bergleute. Der Generalsekretär des Bergarbeiter-Verbandes von Frankreich hatte an Waldeck-Rousseau ein Schreiben gerichtet, in welchem der letztere über die Stellung der Regierung zu einem eventuellen Generalstreik befragt wird. In seinem Antwortschreiben sagt Waldeck-Rousseau, daß die Regierung sich mit der Lohnfrage nicht befassen könne und daß diese einzig und allein von den Arbeitgebern und Arbeitern geregelt werden müsse. Bezüglich des achtstündigen Arbeitstages sei von den zuständigen Behörden eine Untersuchung eingeleitet worden, doch könne diese Reform nicht bis zu einem bestimmten Tage ins Werk gesetzt werden. Was den allgemeinen Ausstand anbetrifft, so fürchte er, daß nicht nur das Land sondern am meisten auch die Arbeiter dadurch geschädigt würden.

Wie schon mitgeteilt, trifft die Regierung große Vorsichtsmaßregeln. Besonders fürchtet sie Ruhestörungen in Monceau les Mines. Dort sind die Bergarbeiter, gleich allen anderen Einwohnern im Besitz eines Schießgewehres, um — auch wie alle anderen Einwohner — auf die Vögel, die alljährlich hier auf ihrem Zuge nach Süden zu Tausenden erlegt werden, zu schießen. Diesen Umstand haben die Nationalisten benützt, um die Regierung auf die Bergleute zu hetzen. Sie geben sich den Anschein, als ob sie glaubten, die Bergleute von Monceau les Mines beabsichtigten die gewaltsame Revolution. Demgegenüber ist festzustellen, daß während der ganzen Dauer des Streiks im vorigen Winter von seiten der streikenden Bergleute keinerlei Gewaltthaten unternommen worden sind, wo hingegen in zwei Fällen Streikende der Mordwaffe eines Streikbrechers erlegen sind. — Der Präfekt von den Loire-Departements hat provisorischerweise das Tragen und den Verkauf von Schießgewehren untersagt.

Nach einer Meldung aus St. Etienne herrscht in dem aus sieben Mitgliedern bestehenden Direktorium der Grubenarbeiter Frankreichs Uneinigkeit. Eine knappe Mehrheit ist für den allgemeinen Ausstand. Die Ausgleichsversuche dauern fort.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 21. Oktober.

In Not zur Amtsunterschlagung gegriffen hatte der Eisenbahn-Stationsassistent Richard August Jahn aus Zschortau. Der Angeklagte hatte 3 Kinder zu ernähren und seine seit acht Jahren kranke Frau befindet sich in der Provinzial-Irrenanstalt. Er war geständig, im Monat August als Schalterbeamter 15 ihm anvertraute Arbeiterfahrkarten an sich gebracht, und davon 7 in seinem Interesse verkauft zu haben. Den Gesamtbetrag von 12.60 Mk. hatte er zum Bezahlen von Schulden verwendet. Die übrigen 8 Karten hat er der Bahnverwaltung zurückgeliefert. Den entstandenen Schaden deckte er sofort. Der Gerichtshof erkannte dem Antrag des Staatsanwalts gemäß auf drei Monate Gefängnis mit dem Hinweise, daß keine Veranlassung vorliege, über die niedrigst zulässige Strafe, die an sich schon nicht milde ist, hinauszugehen, da der Fall denkbar milde liege, weil der Angeklagte wegen seines Familienunglücks gefehlt habe. Dem unglücklichen Angeklagten wurde der Rat erteilt, den jedenfalls nicht erfolgloien Gnadenweg zu beschreiten.

Ehenfalls in der Not vergangen hat sich die jugendliche Arbeiterfrau Marie Henneberg, deren Ehemann wegen Raubes eine längere Zuchthausstrafe verbüßt. Als Aufwärterin bei einem hiesigen Restaurateur beschäftigt, entwendete sie zwei Dienstmädchen eine Brosche und ein Zwanzigmarkstück, um mit dem Gelde und dem Erlös von der Brosche ihren Mann zu besuchen. Die Angeklagte ist Mutter eines Kindes, wurde aber zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Roheitsvergehen. Der 22jährige Schiffer Otto Mädel aus Alsleben, bisher unbestraft, war in angetrunkenem Zustande in der Nacht zum 22. Juli in den Garten der Zentralhalle zu Alsleben gegangen und hatte nach einem vorangegangenen geringfügigen Streit zwei Bierkutscher und einen Telegraphenarbeiter mit einem eisernen Spannring geschlagen. Der Angeklagte war geständig und wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt.

Verworfen wurde die Berufung der Dienstmagd Anna Schmidt aus Kanena, 14 Jahre alt. Sie hatte bei dem Kaufmann Gruber, bei dem sie in Stellung gewesen, eine Uhr mit Kette entwendet, weshalb sie zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war.

Wegen Betrugs angeklagt waren der Arbeiter Wilhelm Koch und der Maurer Friedrich Emmerich, beide von hier. Letzterer hatte im Juli d. J. von einem hiesigen Arbeiter, der bei dem Schiffsprokureur Röder in Salzmünde beschäftigt wurde, den Auftrag erhalten, für Röder in Salzmünde mehrere Sack Zucker zu verladen. Emmerich nahm Koch mit nach Salzmünde und beide gingen, als der Zucker mit der Bahn noch nicht eingetroffen war, zu dem Schiffsprokureur, dem sie vorschwindelten, der Zucker sei verladen. Röder zahlte beiden Angeklagten für die angeblich geleiterte Arbeit je 3 M. Als er aber nach Salzmünde kam, bemerkte er, daß der Zucker nicht verladen war. Die Angeklagten wollten die Beträge für die Zeitversäumnisse, Weg nach Salzmünde 2c. verlangt haben. Die Beweisaufnahme ergab aber die Absicht des Betrugs. Koch, der schon wegen Rückfallbetruges mit Zuchthaus bestraft ist, wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, während Emmerich mit einer Woche solcher Strafe davon kam.

Er bekam nirgends Arbeit. Der vorbestrafte Eisendreher und Arbeiter August Andreas Grundmann gab sich im Monat September hier und in Bitterfeld die größte Mühe, Arbeit zu bekommen, fand aber keine. Ohne Barmittel ging er in ein Bitterfelder Restaurant, wo er im Hunger eine Portion Rinderbraten verzehrte und zwei Glas Bier trank. Die Zeche betrug 85 Pfennige und da er nicht bezahlen konnte, wurde er wegen Zechprellerei angeklagt und heute zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Baumfrevel. Der 22jährige Maler Otto Hermann Lehmann und der Maler Karl Ziegenhorn, beide von Löbejün, waren in der Nacht vom 3. zum 4. August, von einem Vergnügen kommend, von Gottgau nach Löbejün gegangen, wobei sie eine Bahnbarriere beschädigten. Lehmann vergriff sich außerdem in empörender Roheit an Obstbäumen. Als er den dritten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190110 23-10/fragment/page=0007

5jährigen, ziemlich starken Kirschbaum abbrach, soll er die Rebensart gebraucht haben: „Nun sind 45 Mark dahin." Seine Fremde waren nicht im stande, ihn von dem frevelhaften Thun zurückzuhalten. Das Schöffengericht in Löbejün hatte gegen Lehmann wegen Sachbeschädigung eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten und 1 Woche festgesetzt. Hiergegen hatte er, sowie auch der Staatsanwalt, Berufung eingelegt. Der Ankläger beantragte heute 7 Monate und 1 Woche. Das Gericht verwarf aber die Berufungen.

Gegen die Gewerbeordnung gefehlt hatte der Fleischergeselle Oskar Daniel von hier. Er war eines Sonntags im Juli mit einem Wagen voll Roßfleisch vom Restaurateur Böhlert nach Wallwitz gefahren und hatte durch Böhlerts 13jährigen Schulknaben bekannt geben lassen, „der Fleischer ist da". Sauerbraten in Töpfen, Pferdewürstchen und dergl. war feilgeboten worden, weshalb auch anfänglich Anklage auf Nahrungsmittelfälschung erhoben worden war. Das Schöffengericht hatte bezüglich der Nahrungsmittelfälschung auf Freisprechung erkannt, aber wegen der Ausübung des sogen. Wandergewerbes ohne polizeiliche Erlaubnis eine Geldstrafe von 96 Mk. ev. 16 Tage Gefängnis verhängt. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt, worauf die Strafe auf 104 Mark ev. 26 Tage Haft erhöht wurde. Daniel wollte im Auftrage Böhlerts, nicht selbständig gehandelt haben.

Zum Dienst der Motorwagenführer. Der Wagenführer Friedrich Busch fuhr am 2. Juni mit seinem Motor die Steinstraße hinunter und karambolierte bei der Wendung von der Steinstraße nach dem Markte mit einem Motorwagen der anderen Gesellschaft. Es entstand ein Schaden in Höhe von etwa 30 Mk., den Busch ersetzen mußte. Heute hatte er sich nun auch noch wegen des fahrlässigen Zusammenstoßes zu verantworten. Der Angeklagte führte zu seiner Entschuldigung aus, daß es schwer möglich sei, an solchen gefährlichen Stellen der Stadt alle Pflichten des Führers zu erfüllen. Der Wagenführer solle den Geldkasten beobachten, ev. den Sandkasten bedienen, nach hinten und nach vorn blicken und auch die Bremse nicht außer acht lassen. Das Gericht erkannte wohl an, daß der Dienst der Wagenführer eine ungeheure Geistesgegenwart erfordere. Der bekannte Direktor Delius erklärte aber als Sachverständiger, der Angeklagte habe nicht aufgepaßt und entweder zu schnell gefahren, oder zu spät gebremst. Das Urteil lautete auf 20 Mk. Geldstrafe ev. 4 Tage Gefängnis.

Versammlungsberichte.

Zeitz.

Metallarbeiter. Die am Sonntag, den 6. Oktober, abgehaltene Mitglieder-Versammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuches, jedoch nicht in dem Maße, wie es eigentlich der Mitgliederzahl angemessen sein sollte.

Zum ersten Punkte wurden die Kollegen Otto und Palleit als Delegierte zur Konferenz in Leipzig gewählt.

Bei der Behandlung des Anschlusses des Zentralverbandes der Former und der Gründung einer Ortssektion entspann sich eine sehr lebhafte Debatte. Fast alle Redner sprachen sich gegen eine Sektionsgründung der Former aus; sie waren der Meinung, daß die Abtrennung der Former eher schädlich als nützlich für das Vorwärtskommen der allgemeinen Verwaltungsstelle sei. Auch selbst die Former, außer denen vom Zentralverband, waren der Ansicht, daß eine Sektion zwecklos sei, da ihr meistenteils nur das paar Zentralverbändler anzugehören gesonnen wären. Aus diesen Gründen wurde es auch den Formern überlassen, sich in einer speziellen Versammlung darüber klar zu werden.

Ueber den Schiedsspruch des Parteitages in der Hamburger Akkordmaurer-Frage wurde kurz weggegangen, da die Angelegenheit in der nächsten sozialdemokratischen Versammlung genauer behandelt werden könne, und da die Zeit sehr vorgeschritten war.

Im Verschiedenen kam das altbekannte Thema: „Die Mißstände in der Fabrik der Firma Wünsch & Pretsch" zur Sprache. Ein Kollege führte aus, daß den Schleifern derselben auf Grund eines Artikels im Volksblatt ein Schreiben zugestellt wurde, auf welchem sie unterzeichnen sollten, ob es wahr ist, daß ein zehnprozentiger Abzug stattgefunden hat. Auf Grund des Materials, welches der Kollege auch der Versammlung zum besten gab, mußten die Schleifer mit „ja" antworten, welches sie auch gethan haben. Dieses trug mit dazu bei, daß dem Betreffenden gekündigt worden ist. Einem Wunsche, die Versammlungen im Winterhalbjahre Sonntag vormittags abzuhalten, wurde einstimmig beigepflichtet.

Hierauf Schluß. (Eing. 19. 10) C. P.

Aue bei Zeitz

Sonntag, den 13. Oktober, fand im Diana-Saal zu Aue eine öffentliche Volksversammlung statt. Der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Redakteur Ad. Thiele-Halle, sprach über die geplante Zollerhöhung und ihre Wirkung auf das Familienleben. Er wies in seiner fast zweistündigen, mit großem Interesse und Beifall aufgenommenen Rede nach, daß die geplante Zollerhöhung die Zerstörung des Familienlebens zur Folge haben würde.

In der Diskussion sprach sich Gen. Plorin im Sinne des Referenten aus und betonte, daß auch die Arbeiter sich fester zusammenschließen und ihren Organisationen beitreten müssen. Denn wenn der Arbeiter müsse 5—6 Wochen nur für den Zoll arbeiten, dann könne er auch einen Wochenbeitrag von 5 Pfg. für seine politische Organisation übrig haben.

Hierauf wurde folgende Resolution von den zirka 400 Anwesenden einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß, wenn der dem Volke von der Regierung vorgelegte Zolltarif Gesetz werden würde, dieses eine erhebliche Schädigung wirtschaftlicher und politischer Interessen zur Folge haben würde und durch diese Schädigung die bedingte Herabdrückung der Lebenshaltung des ganzen deutschen Volkes, welches ohnedies schon schwer unter der herrschenden Krisis zu leiden hat, bedingt würde, protestiert die heute im Diana-Saal zu Aue tagende Volksversammlung energisch gegen den von der Regierung vorgelegten Zolltarif und erwartet von dem vom Volke gewählten Vertretern im Reichstage nicht nur dieser Vorlage ihre Zustimmung zu verlagen, sondern für vollständige Beseitigung der Lebensmittelzölle einzutreten."

Im Verschiedenen forderte Gen. Burgau zum Abonnement auf das Volksblatt auf, dieses wäre das einzige Organ, das die Arbeiterinteressen vertritt. Auch soll der Wirt vom Diana-Saal mehr unterstützt werden. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung. (Eingeg. 18. 10.) A. D.

Aus dem Reiche.

Berlin. Ein Einbruchsdiebstahl in ein Goldwarengeschäft ist in dem Hause Kommandantenstraße 17 verübt worden. Dort wurden dem Juwelier Oskar Fiebig Goldsachen und Brillanten im Werte von 40000 Mk. gestohlen.

Danzig. Erschütterndes Familiendrama. Montag früh erschoß auf dem Barbara-Kirchhof der Oberfeuerwerksmannsmaat Griebe aus Wilhelmshaven seine Braut, die 24jährige Ella Loleyntis aus Neu-Münsterberg, hierauf deren Stiefmutter, eine geschiedene Frau Harder, und dann sich selbst. Wie der Leichenfund ergab, erschoß Griebe in voller Deckoffiziersuniform zunächst beide rechts und links vom Grabe stehenden Frauen dann sich selbst am Fußende des Grabes. Aus den hinterlassenen Briefen geht hervor, daß mißliche Familien- und Vermögensverhältnisse diese drei gemeinsam in den Tod getrieben haben. Vor zwei Jahren erschoß sich auf demselben Kirchhof Griebes Vater.

Mannheim. Fabrikbrand. Im benachbarten Oppenheim brannte am Sonnabend abend das Spinnereigebäude der mechanischen Baumwollspinnerei Ludwigshafen nieder. Die Weberei und das Maschinenhaus blieben unversehrt. Der Schaden beträgt über 1000000 Mk.

Vermischtes.

* **Wilhelm II.** hat am Mittwoch im Holmer Bruch in zwei Stunden 122 wilde Kaninchen, zwei Fasanen, eine Hasen und eine Elster geschossen, in der Minute also mehr als **ein** Tier!

* **Virchow über das Rauchen.** Es giebt eine Sorte Gesundheitsfanatiker, die bei jedem Glase Bier, bei jeder Zigarre und bei jeder Tasse Kaffee ausrechnen, wie viel Giftstoffe durch diese Genußmittel dem menschlichen Körper zugeführt werden. Einen dieser Herren hat Prof. Virchow, wie die Fränkische Tagespost mitteilt, einmal gründlich heimgeführt. In den 70er Jahren hielt Virchow in einer Handwerkerversammlung einen Vortrag. Nach Beendigung dessen wurde der Fragekasten geöffnet und dem berühmten Gelehrten die Frage vorgelegt: „Ist das Rauchen gesundheitsschädlich?" — „Jawohl, das ist schädlich!" antwortete Virchow und steckte sich dabei vergnügt eine Zigarre in Brand.

* **Wichtige Reste des vorgeschichtlichen Menschen** sind im amerikanischen Staate Ohio gefunden worden. Es sind im Laufe dieses Jahres Ausgrabungen in dem seit lange berühmten Adena-Mound, einen der Grabhügel im Sciotothal, gemacht worden, die von der amerikanischen Urbevölkerung herrühren. Dieser Mound ist ein Hügel von 26 Fuß Höhe, 445 Fuß im Umfang und etwa 6000 Kubik-Ellen Inhalt, die vollkommen umgegraben und untersucht wurden. Der Erfolg war die Auffindung von 32 menschlichen Skeletten mit vielen Geräten und Schmuckstücken. Unter den letzteren fand sich ein sehr schönes Schnitzwerk von 8 Zoll Länge, das eine menschliche Figur darstellte; dieses Stück wird als das vollkommenste Kunstwerk bezeichnet, das bisher von der Urbevölkerung der Vereinigten Staaten bekannt geworden ist.

* **Zugzusammenstoß.** Bei der Station Krasne (Galizien) stießen zwei Lastzüge zusammen, wobei der eine Zug vollständig zertrümmert wurde. Mehrere Bahnbedienstete wurden verwundet.

* **Ein sozialistisches dänisches Drama.** Aus Kopenhagen schreibt man der Frankfurter Zeitung vom 7. d. M.: Im hiesigen Arbeitertheater wurde gestern ein neues interessantes Werk: Der Großmeister, aufgeführt. Der Verfasser, der sozialdemokratische Abgeordnete Meyer, hat die Begebenheiten von 1872, als die Hauptführer der hiesigen Sozialdemokraten verfolgt und ausgewiesen wurden, in dramatischer Form behandelt. In der Hauptfigur des Dramas, dem Volksführer Frantz Meister, erkennt man leicht den Sozialistenführer Louis Pio, der genötigt wurde, nach Amerika auszuwandern, um sich den Verfolgungen der Polizei zu entziehen. Sehr geschickt hat der Verfasser es verstanden, eine Liebesgeschichte mit den politischen Begebenheiten zu verbinden, und dadurch die Zuschauer in reger Spannung zu halten. Es ist dem sozialdemokratischen Abgeordneten gelungen, nicht nur eine treue Schilderung der damaligen politischen Ereignisse zu geben, sondern auch ein interessantes Theaterstück zu schaffen. Das Werk wurde sehr befriedigend dargestellt und erzielte großen Erfolg.

* **Postkarten gegen die Hungerzölle.** Den Postkartensport in den Dienst einer guten Volkssache zu stellen, versucht Ludwig Aub in Nürnberg. Im Verlage von Bruno Schönherr daselbst hat er eine „Verbekarte gegen die Hungerzölle" erscheinen lassen, die in Massen billig vom Verleger zu beziehen ist und folgendes Gedicht enthält:

Weckt alle mit dieser Karte laut auf,
Die euch bekannt sind als Säumer;
Gegen die Zölle ein stürmisches „Drauf!"
Erhebt Euch, ihr Michel und Träumer!

Der Brotwucherer muß der Besiegte sein!
Versucht drum, ihm's Handwerk zu legen;
Haltet nur aus, dann hält er auch ein
Mit seinem agrarischen Segen.

Ja, werde, mein Michel, dach endlich spitz
Im nämlichen schneidigen Tone
Wie die Herren von „Witz" und von „Plitz",
Die preußischen Junkerbarone.

Den Großgrundbesitzern zeig' ohne Wahl,
Du, deutsches Volk, lauter dein Grollen
Und steife dein Rückgrat, sonst würden einmal
Sie die Luft Dir und's Licht noch verzollen!

Heute, da's ohnehin überall kracht,
Füllt nicht agrarische Speicher
Mit Gold, das die Armen noch ärmer macht —
Und die Reichen noch reicher!

Laßt ruhig diese Herren nach obenhin
In tiefster Demut ersterben,
Indes für den Reichstag zu Berlin
Wir gegen die Zölle werben!

Ruft alle zum Kampf auf! Mann an Mann!
Den Teufel auch ruft aus der Hölle,
Auf daß er in eigner Person uns dann
Soll holen die — Hungerzölle!

Wir wünschen dem originellen Unternehmen mit seinen urwüchsigen Versen den Erfolg, den seine gute Absicht verdient.

Der Typhus.

Die Schlesische Zeitung meldet: Die Zahl der amtlich gemeldeten Typhusfälle in der Zivilbevölkerung der Stadt Schweidnitz beträgt insgesamt 70. Die letzte Erkrankung erfolgte am 24. September. Falls kein neuer Typhusfall vorkommt, steht dem nichts entgegen, daß nach Ablauf einer sechswöchigen Wartezeit, also Anfang November, das Grenadier-Regiment Nr. 10 und das Feldartillerie-Rr. 42 von Lamsdorf nach Schweidnitz zurückkehren.

Die aus den versuchten Gegenden Westfalens und Schlesiens eingezogenen Rekruten werden in ihren Garnisonen besonderen Vorsichtsmaßregeln unterworfen. Sie werden, soweit es angängig ist, isoliert gehalten.

Letzte Nachrichten.

London, 22. Oktober. Lord Kitchener berichtet aus Pretoria unterm 21. Oktober: Die Burenverluste seit dem 14. d. Mts. betragen 25 Tote, 18 Verwundete, 120 Gefangene; 50 Mann haben sich ergeben. 151 Gewehre, 6125 Patronen, 160 Wagen und 6500 Stück Vieh wurden erbeutet. Die Kommandos, welche mit Botha im Distrikt von Bryheid operierten, sind nach dem Distrikt Ermelo zurückgeworfen worden. Das Wetter ist noch immer sehr ungünstig und erschwert die Bewegungen der Kolonnen. Die Linie der kleinen Posten ist bis Wilgeriver und Greylandstadt im Distrikt des nördlichen Transvaal ausgedehnt worden. Die Truppen Beyers sind vollständig zersprengt. Methuen und Kekevich befinden sich im Thale von Marico. Featherstone ist in Clerksdorp. Auf dem Marsche von Scandinavien nach Kalkspruit hat die Kolonne Elliots einige Buren gefangen. Die Kolonnen im Norden sind nur auf geringen Widerstand gestoßen, doch am 3. Oktober wurde eine Anzahl Pilcher in Smithfield von den Buren abgefangen, die Khaki trugen.

Rom, 22. Oktober. In Santo Stefano wurden nicht weniger als 208 Personen, darunter der Bürgermeister von Africo, wegen Begünstigung des Räubers Musolino verhaftet. Die Verfolgung des Räubers kostete dem italienischen Staat nahezu eine halbe Million Lire.

Merseburg.

Die Inhaber der **Petitionslisten** müssen dieselben **bis Mittwoch abend** beim Unterzeichneten abliefern.

Böncke.

Briefkasten der Redaktion.

A. B. in Th. 1. Nein, sofern die Grube nicht mit zur Gemeinde gehört und im Statut nichts Gegenteiliges bestimmt ist. 2. Ja, wenn es sich um eine ordnungsgemäß vorher angekündigte Uebung handelt.

F. K. Wie viel Herr Rösner für seine Thätigkeit als Wahlmacher erhält, wissen wir nicht, ist uns auch völlig gleichgiltig. Da er von seiner „Arbeit" leben muß, ist es selbstverständlich, daß er sie sich bezahlen läßt. Nur soll er nicht nach anderen mit Steinen werfen, wenn er selbst im Glashause sitzt.

Th. M. in O. Die Polizei hat mit ihrer Auffassung recht; ein Betrug liegt nicht vor, obwohl der Junge Sie belogen hat. Suchen Sie sich mit seinem Vormund ins Einvernehmen zu setzen. Viel wird sich leider nach Lage der Sache nicht erreichen lassen.

Quittung.

1.20 Mk. nicht für Magistratsgehalts-Erhöhung, sondern für die im Kampfe stehenden Tabakarbeiter in Nordhausen gesammelt bei einer Geburtstagsfeier in der Kellnerstraße durch Fahlisch. Böhme.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 19. Oktober.

Aufgeboten: Transporteur Ebeling und Elsa Hoffmann (Diesdorf und Pfännerhöhe 46). Tischler Strehle und Anna Thomas (Martinstr. 7 und Töpferplan 6). Arbeiter Haase und Auguste Schröder (Oschersleben). Kaufmann Hartmann und Minna Wiegand (Halle und Goslar).

Eheschließungen: Arbeiter Fischer und Emilie Börner (Spitze 27). Kaufmann König und Alma Tauche (Schwetschkestraße 27 und Taubenstr. 19). Fleischermstr. Thomaschewsky und Ida Gerigk (Wormditt und Leipzigerstr. 60). Schuhmacher Hofmann und Anna Brandt (Steinweg 13 und Kellnerstr. 16). Heizer Geißler und Martha Schacht (Leipzig und Meckelstr. 17). Kaufmann Brandenberger und Bertha Schacht (Meckelstr. 20 und 17). Arbeiter Guderian und Anna Spatzier (Bruckdorferstraße 5 und Höhnstedt). Heizer Solf und Gertrud Schröder (Schlotheim und Steg 1). Arbeiter Reichelt und Ida Mertens (Leipzigerstr. 93). Arbeiter Beyer und Luise Buch (Freiimfelderstraße 37 und Prinzenstr. 8). Schmied Schulze und Minna Grimm (Friesenstr. 5 und Lindenstr. 77).

Geboren: Arbeiter Gigner eine T. (Pfännerhöhe 30). Arbeiter Meier eine T. (Steg 6). Schuhmacher Sefcik ein S. (Steg 8). Eisendreher Christall eine T. (Spitze 29). Arbeiter Jänicke ein S. (Thorstr. 26). Schmied Schmidt ein S. (Alter Markt 21). Schmied Hecker ein S. (Marktstr. 7). Eisendreher Thiemicke ein S. (Thüringerstr. 28). Geschirrführer Schlegel ein S. (Thorstr. 51). Arbeiter Balthasar Zwillinge (Langestraße 11).

Gestorben: Arbeiters Weißhuhn Ehefrau, 43 J. (Klinik). Arbeiters Herrmann S., 2 Tage (Weingärten 25). Seilers Gieseke Ehefrau, 31 J. (Gr. Brauhausstr. 28). Assistent Jäschen S., 9 J. (Freiimfelderstr. 9).

21. Oktober.

Aufgeboten: Arbeiter Mühlau und Hedwig Gerhardt (Röserstraße 4). Fleischer Kunze und Anna Brehme (Lessen u. Weingärten 49). Feuermann Rauch und Minna Brambeer (Dessauerstraße 14 und Grasewegl 1). Feuerwehrmann Herrmann und Bertha Ziegenhorn (Galle und Petersberg). Kutscher Schönenberg und Minna Graneß (Sandersleben). Drechsler Berger und Ida Möbius (Parkstr. 12 und Liebenauerstr. 159).

Eheschließungen: Assessor Gerstenberg und Marie Lohmeyer (Alt. Markt 36 und Brunoswarte 21). Stellmacher Jänsch und Minna Baumeyer (Karzerplan 3 und Bäckerstr. 6). Rechtsanwalt Jacobsohn und Klara Weiß (Stettin und Königstr. 7).

Geboren: Schaffner Stiehm S. (Thomasiusstr. 3). Polizist Mügge S. (Meckelstr. 8). Bäckermstr. Stahl T. (Forsterstr. 36). Arbeiter Martin Zw.-T. (Schmiedestr. 35). Arbeiter Bär T. (Pfännerhöhe 29). Maler Ronniger S. (Herrenstr. 11). Kaufmann Gebitzsch S. (Dryandenstr. 27). Kaufmann Beyer S. (Mühlgasse 7). Schaffner Apitz T. (Schmiedestr. 27). Arbeiter Bergmann T. (Jakobstr. 46). Schmied Göthe S. (Kl. Sandberg 14). Bäckermstr. Rolle S. (Merseburgerstr. 94).

Gestorben: Rentner Mohs, 80 J. (Herrenstr. 20). Kaufmann Heynemann, 63 J. (Neunhäuser 1). Lokomotivführer Knöfel, 49 J. (Bergmannstrost). Restaurateur Kröber, 64 J. (Landwehrstr. 11). Arbeiters Hudy T., 2 J. (Liebenauerstr. 12). Arbeiter Walker, 69 J. (Siechenanstalt).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 19. Oktober.

Eheschließungen: Bremjer Bohne und Anna Noack (Magdeburg-Buckau und Gitchenstr. 1). Stellmacher Frenzel und Emma Kompart (Grünstr. 37 und Ackerstr. 7). Arbeiter Laube und Johanna Mühlberger (Gr. Brunnenstr. 51). Kaufmann Ziege und Anna Lösche (Straßburg und Albrechtstr. 15). Bäcker Dittmann und Emma Seele (Thekla und Göbenstr. 10). Gärtler Neugebohrn und Wilhelmine Schnelle (Schulberg 16 und Dölauerstraße 16).

Geboren: Heizer Müller ein S. (Weißenburgstr. 16). Bäckermeister Möbius eine T. (Reilstr. 105). Maler Schumann eine T. (Ludwig-Wuchererstr. 36).

Gestorben: Steinsetzers Lenz T., 2 Mon. (Hardenbergstr. 37). Arbeiters Berke S., 2 Mon. (Zietenstr. 3).

21. Oktober.

Aufgeboten: Arbeiter Muschala und Ida Bieling (Wittekindtstraße 7).

Eheschließungen: Rentier Heidelberg und Maria Anschütz geb. Hebecke (Friedrichstr. 21). Zimmermann Barth und Helene Schramm (Allstedt und Seydlitzstr. 6).

Geboren: Geschirrführer Gola S. (Köthenerstr. 16). Arbeiter Spindler S. (Trotharstr. 42). Steinsetzer Paarsch T. (Triftstr. 43). Schlosser Doose S. (Breitestr. 30). Händler Schneider S. (Blumenthalstr. 23). Arbeiter Kleyzig T. (Georgstraße 2). Arbeiter Sondershausen T. (Hordorferstr. 3). Dozent Körner T. (Bernburgerstr. 3).

Gestorben: Witwe Schulze, 66 J. (Breitestr. 22). Arbeiters Stahl T., 1 J. (An der Steinmühle). Witwe Brauer, 47 J. (Scharrenstr. 3). Witwe Wille, 77 J. (Klinik). Zimmermann Sturm, 54 J. (Möllcherstr. 5). Werkmeisters Dünkel Ehefrau, 78 J. (Reilstr. 6). Eisendrehers Thielemann T., 1 J. (Große Brunnenstr. 51 a).

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,
Geiststraße 21, 1. Hof rechts.
Geöffnet nur Werktags von 9½—1½ und 4—8 Uhr.
Unentgeltliche Auskunftserteilung in gewerblichen Streitigkeiten, über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung, über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrecht sowie über das Fabrikinspektorat u. s. w.

Verantwortlicher Redakteur: **Ernst Däumig** in Halle.

Der gute Geschmack
des Kaffees hängt wesentlich vom richtigen Zusatz ab. Ein vorzüglicher, billiger und dabei ergiebiger Zusatz, der jeden Kaffee verbessert, ist Linde's Essenz für Kaffee.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219011023-10/fragment/page=0008